NEUES FORUM BULLETIN

Nr. 31 15. 03. 1994

INHALT:

Spendenaufruf für IM-Listen-Prozesse

Im Juli 1992 legte das NEUE FORUM Halle die ihm, wie auch weiteren 30 Adressaten anonym zugesandten **Listen mit 4.500** von der Stasi-Bezirksverwaltung Halle **registrierten IM,** öffentlich aus. Absicht war, ein zum Mißbrauch einladendes Informationsmonopol gar nicht erst entstehenzulassen und interessierten Bürgern die Einsichtnahme in die Listen zu ermöglichen. Es ging um Klärung der Vergangenheit. Eine unterstellte Hexenjagd fand nicht statt.

18 der 4.500 gaben eidesstattliche Erklärungen ab, keine Stasi-Kontakte gehabt zu haben und erzwangen gerichtliche einstweilige Verfügungen zur Schwärzung ihrer Namen. Das FORUM riet allen 18 Betroffenen, den Wahrheitsgehalt der behaupteten IM-Registrierung gerichtlich prüfen zu lassen, in der Hoffnung, daß diese die öffentlichen Prozesse dazu nutzen würden, offen über ihre Vergangenheit und ihre Verbindungen zum MfS zu berichten. Doch die IM's legten wiederum nur Zeugnis davon ab, daß sie zur Wahrheit nicht fähig sind.

Die **Gauck-Behörde bestätigte in *allen* Fällen die IM-Registrierung.** Daraufhin zogen bis auf sechs Personen alle die Klage zurück.

Weder für das Amtsgericht Halle noch für das Oberlandesgericht Naumburg war der Umstand von Interesse, daß in allen Fällen ein Meineid geleistet wurde. Die **Gerichte** werteten hier das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Persönlichkeitsschutz) höher, als das Recht auf das Aussprechen der Wahrheit. Sie **bestreiten das öffentliche Interesse** an der Offenlegung.

Wegen der hohen Prozeß- und Anwaltskosten, die bereits anfielen, wurde ein Spendenkonto eröffnet:

Spendenkonto NEUES FORUM Halle, Sparkasse Halle
Kto.-Nr. 3840 60888, BLZ 80053762, Stichwort: „IM-Prozesse"

Etwa 50.000 Mark werden benötigt, um die Prozesse bis in die letzte Instanz (Bundesgerichtshof) führen zu können. Bei positivem Ausgang der Verfahren wird das nicht benötigte Geld zweckgebunden für die weiterhin nötige Arbeit an der DDR-Vergangenheitsklärung verwendet.

Zur Erinnerung: Die letzte Zeitung der Bürgerbewegung, „die andere", mußte eingestellt werden, weil sie die letzte Stasi-Gehaltsliste veröffentlichte, auf der sich auch Ärzte des Stasi-Sportclubs Dynamo befanden.

Soll die letzte authentische DDR-Bürgerbewegung, das NEUE FORUM, nun von inoffiziellen Stasi-Mitarbeitern ins Aus geklagt werden??

Herausgeber: Bundeskoordinierungsbüro Berlin, 10117 Berlin, Friedrichstr. 165
Mitarbeit: Petra Witte, Satz: Gerold Hildebrand
Redaktion: Gerold Hildebrand, fon: (030) 2292546, fax: 2291213
Druck: Alpdruck, Berlin-Pankow, Tel. (030) 4824265

Aufruf an alle ehemaligen politischen Häftlinge, Flüchtlinge und Unterdrückten des SED-Regimes

Anläßlich des vierten Jahrestages der ersten freien Wahlen in der damaligen DDR wenden wir uns an die Wählerinnen und Wähler in ganz Deutschland und an alle in diesem Jahr zur Wahl stehenden Parteien.

Die Wahl am 18. März 1990 erbrachte einen Erdrutschsieg der demokratischen Parteien und Initiativen. Der damalige Wählerwille war der Wille, mit der SED-Diktatur völlig zu brechen und die von der SED angerichteten materiellen und ideellen Schäden zu beheben. Diese Schäden sind bis heute nicht behoben, ihre Auswirkungen, Arbeitslosigkeit, Naturzerstörung und antidemokratische Bestrebungen, sind spürbarer denn je.

Wir, Verbände, Vereinigungen und Initiativen, die sich als Stimme der durch das SED-Regime Geschädigten, Unterdrückten und zur Flucht Getriebenen verstehen, rufen alle Wählerinnen und Wähler auf, die Wahlprogramme und Kandidaten aller Parteien anhand folgender Fragen genau zu prüfen.

Insbesondere fordern wir alle Flüchtlinge, alle ehemaligen politischen Häftlinge und alle durch das SED-Regime Benachteiligten auf, **all den Partien die Wählerstimme zu versagen, die nicht zur konsequenten und umfassenden Aufarbeitung der durch die SED angerichteten Schäden bereit sind.**

Folgende Fragen stellen wir:

1. Welche Maßnahmen werden in Zukunft ergriffen, um die von der SED durch Inhaftierung, Enteignung und Benachteiligung angerichteten materiellen und immateriellen Schäden zu beheben?

2. Wie wird in Zukunft mit den direkt oder indirekt Verantwortlichen der SED-Diktatur und ihren Liebedienern und Zuarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland umgegangen?

3. Werden die vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR gesammelten Unterlagen weiterhin zugänglich bleiben, wird die Prozedur für den Einsicht nehmenden leichter?

4. Werden geeignete Orte, wie Gefängnisse und Verwaltungsgebäude, ausgebaut zu Stätten der Mahnung und des Gedenkens an die Opfer der SED-Diktatur, werden Vereine, die sich der Betreuung der Verfolgten widmen, ausreichend gefördert?

5. Gelingt es endlich, die ideelle Auseinandersetzung mit dem politischen System der DDR als unabdingbaren Bestandteil der politischen Bildung im demokratischen Staat finanziell zu sichern?

6. Wie werden die politischen Aktivitäten der SED/PDS bewertet, hält man eine politischen Zusammenarbeit, vielleicht sogar Koalitionsbildung, für möglich?

Wir rufen alle auf:
Keine Stimme den Parteien, die unsere Geschichte vernebeln oder schönreden wollen!

Folgende Vereine und Initiativen unterstützen diesen Aufruf:

Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e.V.
Arbeitsgemeinschaft „13. August"-„Haus am Checkpoint Charlie" e.V.
Arbeitsgemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge
Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen
Arbeitsgemeinschaft zur Regelung offener Vermögensfragen
Arbeitskreis „Lager Mühlberg"
Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge
Arbeitskreis politisch Verfolgter
Bautzenkomitee e.V.
Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V.
Bund der Zwangsausgesiedelten e.V.
Bürgerkomitee „15. Januar" e.V.
Bürgerkomitee des Landes Thüringen e.V.
Bürgerkomitee Leipzig
Bürgerkomitee Magdeburg
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt
Dachverband der stalinistisch Verfolgten
Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V.
Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus e.V.
Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge
HELP e.V.
Hilferufe von drüben e.V.
Matthias-Domaschk-Archiv
Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.
Sozialdemokratischer Arbeitskreis politischer Häftlinge
Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
Vereinigung 17. Juni 1953
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
Vereinigung politischer Häftlinge des Sowjetsystems

Kein Schadenersatz für Havemann

Öffentliche Reaktion

Wir dokumetieren im folgenden einen Leserbrief, der eigentlich an den Tagesspiegel gerichtet war. Ausgangspunkt ist die Presseerklärung des NEUEN FORUM zum Prozeß Havemann ./. HU Berlin, abgedruckt am 30.01.1994 auf der Leserbriefseite "Demokratisches Forum".

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausführungen von Herrn Hildebrand (Pressesprecher des NEUEN FORUM) erlaube ich mir - wenngleich unjuristisch -, um einige Aspekte wie folgt zu ergänzen:

Der Urteilbegründung des Landesarbeitsgerichtes, wonach „Prof. Havemann ja 1964 nahtlos an der Akademie der Wissenschaften für das gleiche Gehalt (hatte) weiterarbeiten können, weshalb ihm kein Schaden entstanden sei", und er „zum 1. Januar 1966 zwar auch von der Akademie der Wissenschaften geschaßt (worden sei), dies jedoch nicht Verschulden der Humboldt-Uni sei, (und deshalb) handele es such um die falsche Beklagte", könnte ich bei einigen guten Willen und Verstand sowie der Voraussetzungen folgen, daß es sich bei der DDR um jene Insel der Glückseligkeit - zu der sie mit zunehmenden Abstand verklärt wird - oder wenigstens um einen ganz gewöhnlichen Rechtsstaat gehandelt hätte, und daß für Havemanns Entlassung triftige Gründe vorgelegen haben, er gegen seinen Lehr- oder Forschungsauftrag verstoßen hatte, weshalb er nicht weiter beschäftigt werden konnte. Dieses war aber offensichtlich nicht der Fall, den noch während der Zeit der auf vollen Touren laufenden Revolutionssimulationen - am 13. März 1990, also eine Woche vor der friedlichen Machtübergabe der SED an die Tochterunternehmung CDU (a la Czerny) - erging sich die Humboldt-Uni unter dem Management des später und z.Z. noch immer hauptamtlich die Gerechtigkeit (a la Diestel/Gysi) organisierenden Heinrich (Israel-Heiner) Fink darin, daß „wir das damalige Vorgehen zutiefst bedauern und vorschlagen, Herrn Prof. Dr. phil. Robert Havemann vollständig zu rehabilitieren".

Dieses „zutiefste Bedauern" gibt es in solchen Fällen ja bekanntlich stets und völlig schmerzlos sowie umsonst. Der vorschlag der vollständigen Rehabilitierung war - ganz offenbar in Ermangelung eines Politbüros alten Typs - in der Aufregung anscheinend gar nicht näher beschlossen/aufgeführt worden und ganz offenbar an überhaupt keinen bestimmten Adressaten gerichtet gewesen. Daß der noch amtierende Hoffnungsträger und Genosse Ministerpräsident / Ehrenvorsitzende der SED/PDS, Modrow, von selbst auf den Einfall gekommen wäre, daß die seinem Staatshaushalt am 4. Februar 1990 überwiesene exorbitante Summe von 3.041 Millionen Mark auch zu Zwecken der „vollständigen Rehabilitierung" genutzt wird, ist nirgends dokumentiert und demnach nicht erfolgt, obwohl noch vor jenem 13. März 90, nämlich am Montag, dem 5. Februar in „NEUES DEUTSCHLAND", seinerzeit noch unbedeckt als Zeitung der SED/PDS titelnd, verlautbart wurde:

Die SED gibt es nicht mehr. Ausdruck für den Neubeginn sei ein Beschluß, den der Vorstand am Sonntag faßte. Nachdem die Mitglieder den Finanzbericht der SED für das Jahr 1989 zur Kenntnis genommen hatte, beschlossen sie einstimmig: Eine außerhalb der Bilanz liegende Summe von 3.041 Millionen Mark, die aus nicht verbrauchten Gewinnen der Parteibetriebe der letzten 20 Jahre stammt, wird an den Staatshaushalt abgeführt. In einem Schreiben des Parteivorsitzenden der PDS (Gysi jun.) an den Ministerpräsidenten der DDR (Ehrenvorsitzender der PDS Modrow) wird darum gebeten, den

Stasi-Forschung behindert

Beim an der Freien Universität Berlin angesiedelten Forschungsverbund SED-Staat sind zwei bemerkenswerte Arbeiten von Uwe Bastian erschienen:
Arbeitspapiere Nr. 8/1993: *„Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit am Beispiel des Operativvorganges „Entwurf". Die Staatssicherheit gegen unabhängige linke Politikansätze in der DDR."*
Arbeitspapiere Nr. 9: *„Auf zum letzten Gefecht"*.
Diese Arbeit beinhaltet einen umfangreichen Dokumentarteil - Stasiakten, aus denen hervorgeht, wie die Stasi zwischen Oktober und Dezember 1989 ihr Überleben in der Marktwirtschaft plante und organisierte: Von der Gründung eigener Betriebe und GmbH's zum Zwecke der Geldwäsche bis zur Arbeit mit gefälschten Identitäten.
Bastian war wegen der Veröffentlichung dieser Tatsachen von der Gauck-Behörde gemaßregelt worden. Er darf bis auf weiteres in der Behörde nicht mehr forschen. Angeblich verletze die Veröffentlichung der Dokumente „schutzwürdige Interessen". Fand die Unterwanderung auch dort statt?
Bestellungen: Forschungsverbund SED-Staat, Freie Universität Berlin, Ihnestr. 53, 14195 Berlin, fon: (030) 838-2091
Der Bezug ist kostenlos.
Uwe Bastian hatte in der Oppositionsgruppe „Gegenstimmen", in der Umwelt-Bibliothek Berlin und 1989/90 bei der Initiative zur Gründung Unabhängiger Gewerkschaften mitgearbeitet.
Gerold Hildebrand

Betrag für bestimmte Zwecke zu verwenden und die Art der Verwendung öffentlich bekannt zu geben. Dabei ließ sich der Parteivorstand davon leiten, daß eine solche Entscheidung zu einen wirklichen Neubeginn der Partei des demokratischen Sozialismus unabdingbar ist, daß die komplizierte volkswirtschaftliche Lage des Landes eine solche Unterstützung erfordert und die Parteibetriebe überwiegend abgegeben wurden oder werden.

Die SED soll es also ab dem Zeitpunkt, da der Piratenschatz brüderlich und erfolgreich auf-, ver- und umverteilt war, nicht mehr gegeben haben. Per einstimmigen Beschluß - versteht sich. Viel später und im gehörigen Abstand dazu ist - insbesondere vom Vorsitzenden Gysi - dann darauf hingewiesen worden und überliefert geblieben, daß
„wir durchaus versucht haben, Vermögenswerte der Partei auch für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. So haben wir im Januar (!?!) *1990 über 3 Milliarden Mark an den Staatshaushalt mit der Bitte abgeführt, diese Gelder auch für Rehabilitierungszwecke zu verwenden. Vor einigen Tagen habe ich einen weiteren Vorschlag an die Regierungskommission und die Treuhand übermittelt, der die Abgabe umfassender Vermögenswerte vorsieht. Hier ist der Einsatz für gemeinnützige Zwecke in den neuen Bundesländern vorgesehen, wobei darunter auch Rehabilitierungszahlungen zu verstehen sind."*
Völlig davon abgesehen, ob der wirkliche und unabdingbar erforderliche Neubeginn der SED unter dem Kürzel PDS mit innerhalb und/oder außerhalb (welcher?) Bilanz liegenden Summen an Habenvermögen so überhaupt zu schaffen gewesen wäre, ist es wohl Tatsache, daß die Entscheidungen des Parteivorstandes, „Art der Verwendung für (die überhaupt nicht näher) bestimmten Zwecke öffentlich bekanntzugeben", nicht erfolgte. Auch hier erwies sich also der angepeilte Versuch sozusagen und ebenfalls als „Irrtum". Dabei wird abermals das Ausmaß der Gysi'schen Begriffsverwirrungen deutlich, indem er Rehabilitierungszahlungen/Schadenersatzansprüche kurzerhand den gemeinnützigen Zwecken zuordnet. Da er Leitender Angestellter - Nomenklaturkader - im SED-Justizapparat war, ist solche Logik aber ganz plausibel. Ganz offenbar war die nach der hinlänglich bekanntgemachten Verlautbarung (im Februar) erfolgt! Auch wäre interessant zu erfahren, ob darin die auf dem Honecker Konto Nr. 0625 aus den Häftlingsverkäufen lagernde Summe von über 2 Milliarden D-Mark enthalten gewesen ist, und ob diese außerhalb oder innerhalb der PDS-Bilanz zu liegen kam.

Daß die SED/PDS mit der Aufteilung des Habenkonto überhaupt nicht pingelig war, ist z.B. auch an der noch lange vor dem mißlungenen Putnik-Deal (den Gysi seinerzeit lediglich als bedauerliches Selbsttor im Wahlkampf zu bewerten wußte) liegenden Transaktionen von 300 Millionen an den alten Spezi Younes zum angeblichen Bau einer Moschee, in der bisher aber noch keine einzige Verbeugung in Richtung Mekka erfolgt ist und daran, daß der z.Z. amtierende Vorsitzende seinerzeit mittels eines SED-Parteidarlehen Vorsorge für die kapitalistische PDS-Zukunft treffen und sich ein Institut ganz nach seiner Medienprofession aufbauen konnten. Dieses ist ausführlich in HORCH UND GUCK Nr. 6/1993 geschildert und bisher mit keiner Gegendarstellung oder mittels einer dieser gerade bei Wendegewinnlern so sehr in Mode gekommenen Einstweiligen Verfügung in Abrede gestellt worden. Daß es auf den ersten Blick „seriöse Spenden" gegeben haben soll, belegt der ebenfalls noch schwelende Rechtsstreit der HUB gegen die Treuhand, zu dem man in der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 16.12.1993 folgendes lesen kann:
„Alles begann im Frühjahr 1990, als es die DDR noch und die SED schon nicht mehr (?) *gab. Damals zeigte sich die Nachfolgepartei PDS* (falsch, denn die gleiche Partei hat in mehreren Etappen lediglich ihren Namen gewechselt und gibt dabei - sogar erfolgreich - vor, daß sich neuer Wein in ihren alten Schläuchen befände) *erstaunlich* (?) *generös bei der Verteilung der übernommenen Vermögensbestände* (falsch, denn sie hat nichts übernehmen müssen, sondern bloß behalten und dubios verteilt). *Anfang Mai hatte der damalige Rektor der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, die Gysi-Partei aufgefordert, ihr in einer Wiedergutmachungsaktion* (?) *die Mitgliedsbeiträge zurückzugeben, die die meisten Hochschulangehörigen in den letzten 40 Jahren an die SED zwangsweise* (!!!) *entrichten mußten. (...) Finks Forderungen an die SED Nachfolgepartei: 300 Millionen Mark. Der Appell an das schlechte Gewissen der PDS trug Früchte. Nachdem das Präsidium der Partei das Humboldt-Ansinnen in seiner Sitzung am 28. Mai positiv beschieden hatte, wurde am 31. Mai der Universität der Verrechnungsscheck in Höhe von 250 Millionen Mark der DDR übergeben."*
Hoffentlich wollte der damalige Rektor bei der Gelegenheit diejenigen seiner Genossen, denen die Mitgliedsbeiträge von der SED doch tatsächlich in den letzten 40 Jahren abgepreßt worden sein sollen, nicht zugleich auch deren ganze oder letzte „DDR-Identität" rauben. Und ganz offenbar war „im Finanzbericht der SED für das Jahr 1989, außerhalb der Bilanz liegende Summe von 3.041 Milliarden Mark, die aus nicht verbrauchten Gewinnen der Parteibetriebe der letzten 20 Jahre stammte", und die einstimmig <u>nicht</u> an den Staatshaushalt abgeführt wurde, noch jede Menge Zaster in der Piratenschatzschatulle verblieben...

Formaljuristisch mag es auf den ersten Blick tatsächlich so sein, daß nicht die HUB für einen solchermaßen eingeklagten Schadensersatz, sondern eher die Akademie die richtige Adresse wäre, wenngleich die vormalige vollmundige Ankündigung aus Fink'schen Zeiten dabei selbstverständlich, wenn immer noch ohne jegliche Reaktion geblieben, endlich zu erfüllen ist. Bloß was würde das für einen Unterschied machen, da beide der Stimme ein und desgleichen Herrn bedingungslos zu dienen hatten und dieser der eigentliche Verursacher war und jener ganz mopsfidel unter bloß

ausgetauschter Etikette aber noch vorhanden ist, selbst wenn ein vormaliger Anführer per Gerichtsbeschluß in sein südamerikanisches Exil eskortiert, abhandengekommen ist. Seine noch anwesenden Enkel und Nachlaßverwalter durften bisher ausgerechnet in solchen Angelegenheiten erfolgreich nicht nur auch den „toten Mann“ geben, sondern haben unlängst - gleich noch in doppelter Ausführung - sich die Gelegenheit im Tagesspiegel genommen und bekommen. mit Gegendarstellungen weiterhin Nebel zu verbreiten. Ist es nicht sehr verwunderlich, daß auch im Falle Havemann der Sack geprügelt wurde und der Esel dabei steht, sich einen grinst und die dicke, kecke Lippe riskieren darf?

Es wird doch wohl niemand mehr ernsthaft behaupten wollen daß die Diskriminierung von Robert Havemann keine konzertierte Aktion der SED gewesen ist, und daß es die SED zu dieser Zeit schon gar nicht mehr nötig hatte, mit solcher Brachialgewalt vorzugehen, wie 10 Jahre zuvor noch z.B. gegen Harich, Janka und andere. In dieser Zeit wurden die Repressionen schon „qualifizierter und nicht mehr ganz so oberflächlich“ vollzogen, wenngleich sich in den folgenden Zeiten noch genügend Gelegenheiten fanden, daß mittels hoffnungsvoller Nachwuchs-Kader dieses noch viel subtiler und erfolgreicher praktiziert werden konnten...
Immerhin war Robert Havemann damals schon eine anerkannte Persönlichkeit und eben der Knastbruder vom prominenten Dachdecker, der drei Jahre zuvor jenes bestimmte antifaschistische Gesellenstück in den Farben der DDR vollbracht hatte, welches später dann nicht mehr Robert Havemanns Zustimmung fand und beide auch deshalb über kreuz kamen. Als möglicherweise nicht ganz angebrachten Vergleich sei z.B. nur daran erinnert, daß der sehr verehrte Herr Alexander Dubcek, nachdem die von ihm angezettelte Konterrevolution erfolgreich abgewendet war, nicht sofort „in die Wüste“ geschickt werden brauchte bzw. sich gar nach „Recht und Gesetz“ zu verantworten hatte, denn er durfte bekanntlich seinem sozialistischen Vaterland sogar noch eine Weile als Botschafter fernab, weit hinten in der Türkei dienen, bevor auch er das ganze menschenfreundliche Antlitz des Kommunisten zu spüren bekam. Als Havemanns Türkei war die Akademie der Wissenschaften reserviert, und sobald die Schamfrist verstrichen, die Zeit gesetz- und planmäßig herangereift, wurde dem Spielchen ein Ende gesetzt.

Wäre es deshalb nicht vielmehr nötig, daß die Klägerin einem nach rechtsstaatlichen Grundsätzen arbeitenden Gericht bald solche Beweisstücke vorzeigt - zumal noch immer kein diesbezügliches Grundsatzurteil gefallen ist, obwohl es schon längst überfällig ist -, die den direkten Verursacher benennen, damit dieser endlich seiner Verantwortung gerecht werden kann?
Womöglich ziert sich die potentiell Beklagte, dieses von selbst und ganz freiwillig zu tun auch deshalb, weil sie, nunmehr zur Rechtsstaatlichkeit ausdrücklich verpflichtet, nach den zahlreichen „Finanzpannen und -skandalen“ sich keinen weiteren Formfehler mehr erlauben möchte. (Zudem bedenke man z.B. auch, in welchem Licht nach dem außergerichtlichen Vergleich der singende Popstar Jackson nunmehr steht.) Insofern sind mir mögliche Hemmungen, die den politisierenden Popstar Gysi umtreiben könnten, nachvollziehbar. Dem Mann und seinem Nachfolger könnte und sollte diesbezüglich wohl nur mit einem Gerichtsbeschluß geholfen werden. Dabei ist es im Rechtsstaat wohl nicht üblich, daß sojemand Selbstanzeige erstatten und die „erfolgreichen“ Beweismittel, die zur Feststellung seiner Schuld erforderlich sind, unaufgefordert oder von selbst übergibt.

Dabei wäre auch gleich mit - oder an anderer Stelle darüber zu befinden, ob es gerechtfertigt ist, der Fink'schen Vorstellung von Gerechtigkeit zu folgen oder ob die im „eingeübten opportunistischen und karrierebedachten Verhalten“ der bestimmten „gelernten DDR-Bürger“ ganz bereitwillig gezahlten Ablaßbeiträge nicht besser für Zwecke, wie dem in Rede stehenden angelegt wären? Selbst wenn diese Beträge ausreichende wären, könnten - auch ganz im Sinne oder im Umkehrschluß der Fink'schen Logik - alle anderen erstaunlich generös, erfolgreich verteilten Beträge samt der inzwischen damit erzielten Rendite neu (aber nicht wieder brüderlich) aufgeteilt werden. Dabei sollte selbstverständlich auch nicht darauf verzichtet werden, daß die bei der SED/PDS noch aus Altbeständen verbliebenen und die neu aufgehäufelten Vermögenswerte Berücksichtigung finden und wenn erforderlich, der bei gewöhnlichen Anlässen sonst üblichen Praxis folgend, daß ein festgestellter Schuldner seine Schuld nicht nur mit der Herausgabe des sichergestellten Diebesgutes oder nur in dessen Höhe zu regulieren hat, sondern alleiniger Maßstab die insgesamt festgestellte Schadenssumme ist, also bei Ladendiebstahl auch die zu Bruch gegangene Fensterscheibe in Rechnung zu stellen ist.
Wenn also zur Regulierung „die unrechtmäßig erworbene Summe“ nicht ausreichend ist, steht nirgends geschrieben, daß künftig rechtmäßig erworbenes Kapital nicht zur Begleichung verwendet werden dürfte. Ergo könnten die hoffentlich freiwillig gezahlten Mitgliedsbeiträge der aktuellen SED/PDS-Mitglieder bis lange über das Jahr 2000 hinaus gepfändet werden dürfen.

Bei der Gysi'schen Einlassung, daß „wir durchaus versucht haben, Vermögenswerte der Partei auf für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen“, könnte man auch unterstellen, daß diese Versuche bei der vorhandenen Bereitschaft der PDS bisher nur deshalb fehlschlugen, weil, wie zuvor schon im Falle des Chinesen Kuo und nunmehr im Fall Havemann abermals geschehen, nur auf Grund der schlechten Nachweisführung solche „formal korrekten Unrechtsakte“ bisher vom Gericht „ juristisch nicht zu greifen sind/waren“.
Solches kann natürlich nicht angehen und sollte doch endlich mal eine dankbare Aufgabe für einen jungen dynamischen oder schon erfahrenen, gesetzter gewordenen Anwalt (Marke Liebling) sein!
Rolf Roloff, Berlin

Erklärung gegenüber der Fraktion Bündnis 90/Grüne

Spätestens seit der Delegiertenversammlung, die vom 28. bis zum 30.1.1994 in Leipzig stattfand, und der damit im Zusammenhang stehenden förmlichen „Abwahl" aus der Ebene der Landespolitik, war ich erneut gezwungen, mir Gedanken über meine politische Weiterarbeit zu machen.

In meiner Rede zur Kandidatur für den nächsten Landtag sagte ich: „Ich will mit diesem ernsten Versuch dokumentieren, daß ich meine Arbeit zu den Themen Aufarbeitung der gesamtdeutschen Geschichte; Schutz der Bürgerrechte vor CDU-Rambo-Politikern, die erneut skrupellos Wanzen, Richtmikrophone und Spitzel einsetzen wollen und Stärkung der Chemnitzer Region im Kampf um Arbeitsplätze sehr ernst nehme. Aus meiner bisherigen Arbeit kennt Ihr mich als einen harten Kritiker gegenüber der CDU und PDS. Und deshalb brauche ich letztlich für eine glaubwürdige Weiterarbeit in den letzten Monaten Landtagsarbeit Eure Unterstützung."
Und dies genau sollte und durfte offensichtlich nicht passieren an jenem Wochenende.

Meine Arbeit im NEUEN FORUM und mein Einsatz zum Erhalt dieser politischen Organisation im Jahre 1991 entgegen einem unrechtmäßigen Versuch der Zwangsauflösung durch Gründungsmitglieder von Bündnis 90/Grüne wurde dazu als Vorwand benutzt.
Der reale Hintergrund war hingegen ein anderer.

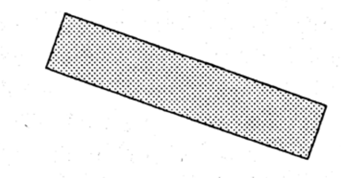
Jenen, die seit Monaten die Unverschämtheit besitzen, in aller Öffentlichkeit für eine Koalition mit der CDU zu werben, stehe ich aufgrund meiner entschiedenen und sachlich begründeten Politik im Weg.
Diesem Anbiedern von Funktionären des Bündnis 90/Die Grünen unter der verlogenen Überschrift: „offen für ein Sach- und Reformbündnis" mit der CDU, begegnete der CDU-Vorstand mit der Forderung nach personeller Veränderung der Landtagsfraktion Bündnis90/Grüne.
Diese erste „Gegenleistung" wohl als Zeichen der Regierungs- und Koalitionsfähigkeit ist mit meiner Abwahl erbracht.
Es wäre von mir Betrug gegenüber der Öffentlichkeit so zu tun, als ob nichts gewesen wäre.

Es wäre verlogen, auf dem Platz von Bündnis 90/Grüne im Untersuchungsausschuß zur Personalüberprüfung der Staatsregierung" den längst überfälligen, sachlich begründeten Rücktritt der verantwortlichen Minister zu fordern mit dem Wissen, daß Bündnis 90/ Grüne nach der nächsten Landtagswahl mit eben den selben Ministern eine Regierung bilden will. Es wäre ebenso Betrug gegenüber der Öffentlichkeit noch heute im Namen von Bündnis 90/Grüne den Einsatz von Wanzen, Spitzeln, massiver Datensammlung gegen die Bevölkerung zu verhindern, wenn bereits morgen genau mit dieser Partei, der CDU, ein Bündnis angestrebt wird.
Für solch eine, die Öffentlichkeit täuschende Politik, lasse ich mich nicht mißbrauchen.
Für all jene, die politische Veränderungen in Sachsen wollen, kann und darf es kein Bündnis mit der CDU in Sachsen geben. Für die Regierung Biedenkopf heißt Strukturwandel der Wirtschaft nichts anderes als dreieinhalb Jahre Abbau von Arbeitsplätzen. Von der Realität kann sich selbst ein Bündnis-Funktionär überzeugen. Die ehemalige Industrieregion Chemnitz steht symbolisch für die brutale Vernichtung von Arbeitsplätzen und den Sozialabbau zur Besichtigung offen. In den jüngsten Tagen verabschiedete sich sogar die CDU ganz offiziell vom Ausbau des Sozialstaates über die Änderung ihres Grundsatzprogrammes, stattdessen werden finanziell sichergestellte Minderheiten noch mehr von der CDU über Steuererleichterung und Subventionen bedient. Unter dem Schlagwort „sparsamer Verwaltung" wurde bisher nichts anderes getan als die Privatisierung von bisher staatlichen Aufgaben. Gerade die CDU in Sachsen ist mit ihrem Biedenkopf den anderen Bundesländern in dieser Sache voraus, um den seit Jahrzehnten bestehenden Sozialstaat zu zerschlagen. Das nennt Werner Schulz, Spitzenkandidat von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen für die Bundestagswahl, ein gemeinsames Vorhaben mit der CDU.

Für einen solchen Schmusekurs mit der CDU, der meiner bisherigen politischen Arbeit den Boden für jede glaubwürdige Weiterarbeit entzieht, stehe ich solange nicht mehr zur Verfügung, bis sich die Partei Bündnis 90/ Die Grünen in Sachsen von einem solchen tödlichen Unterfangen kategorisch distanziert haben.

Mit sofortiger Wirkung trete ich deshalb von meiner Funktion als innenpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen zurück. Gleichzeitig lege ich meine Tätigkeit im 2. Untersuchungsausschuß zur Personalüberprüfung der Staatsregierung und im Innenausschuß des sächsischen Landtages nieder. Darüber hinaus bin ich bereits am Sonnabend von der Leitung des seit drei Jahren bestehenden Landesarbeitskreises Inneres zurückgetreten. Allein meine Mitgliedschaft im Sonderausschuß zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch halte ich aufrecht zur Erarbeitung eines Abschlußberichtes.

Dresden, 2. März 1994
Michael Arnold



Transparenz für „kleine“ Lauschangriffe

Zur Einbringung eines Antrags gegen Lauschangriffe gab **Ingrid Köppe** (MdB), innenpolitische Sprecherin der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, eine Erklärung ab:

Die Hoffnung der Befürworter von großen Lauschangriffen, damit schwere Kriminalität erfolgreich bekämpfen zu können, fehlt jede sachliche Grundlage. Dies wurde aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drucksache 12/6517) deutlich.

Darin berichtete die Bundesregierung über die bereits heute durchgeführten „kleinen Lauschangriffe“: 3500 strafprozessuale Anordnungen zur Überwachung des Fernmeldeverkehrs 1992, ferner seit 1992 aufgrund der neuen Länderpolizeigesetze 27 Abhörfälle aus Wohnungen zur Gefahrenabwehr sowie rund 100 Einsätze von Personenschutzsendern („bemannte Wanzen“), schließlich seit September 1992 aufgrund des Gesetzes gegen Organisierte Kriminalität 31 Abhörfälle zur Straftatenerforschung. Über weitere Lauschmaßnahmen etwa des Zollkriminalinstituts sowie in- und ausländischer Geheimdienste, denen deutsche BürgerInnen außerdem ausgesetzt sind, lehnt die Bundesregierung aus Geheimschutzgründen genauere Auskünfte ab.

Daraus ergibt sich folgendes:

Die Überwachung des Fernmeldeverkehrs hat sprunghaft zugenommen: 1979 bis 1992 um 700 % mit einer Verdoppelung allein in den letzten 5 Jahren. Dies ist mehr als in jedem anderen Land und - relativ zur Bevölkerungszahl - 14 mal mehr als in den USA.

Die entscheidenden Einzelheiten und Auswirkungen der Kommunikationsüberwachung sind weder der Bundes- noch Landesregierung bekannt. Insbesondere wird gar nicht erfaßt, ob überhaupt und ggf. in welchem Umfang Fahndungserfolge mit all diesen aufwendigen Maßnahmen erzielt werden und was diese kosten. Auch weiß die Bundesregierung selbst im eigenen Zuständigkeitsbereich (BKA) nicht, welche Dienststellen für welche Verfahren oder Straftaten wieviele Abhöranträge gegen wieviel Personen gestellt haben und wieviele Fernmeldeanschlüsse, Personen und Gespräche dabei abgehört wurden.

Angesichts dieses ‘blinden Flecks’ disqualifizieren sich Behauptungen, neue Lauschbefugnisse seien notwendig, erfolgversprechend, verfassungs- und bürgerverträglich, als hohle Propaganda.

Der Bundesminister des Inneren hat kürzlich folgende Maßnahmen - z.T. angelehnt an die in den USA bewährten Verfahren - nicht etwa nur als Korrektiv im Falle der Einführung des „großen Lauschangriffs“, sondern ausdrücklich auch für die bereits gemäß § 100a StPO praktizierte Überwachung des Fernmeldeverkehrs vorgeschlagen:

„- Ausführliches, von den anordnenden Richtern persönlich zu vertretendes Berichtssystem einschließlich sichergestellter Benachrichtigung des Verdächtigen nach Abschluß der Maßnahme;
- Rückmeldepflicht der Staatsanwaltschaft an das anordnende Gericht über Reichweite, Erfolg, und Kosten der Abhörmaßnahme nach deren Abschluß;
- Jährliche öffentliche Berichterstattung aller Dienststellen über ihre Tätigkeit im Bereich elektronischer Überwachungsmaßnahmen;
- Schutz des Zeugnisverweigerungsrechts.“

Damit diese überfälligen Transparenz-Maßnahmen beschleunigt umgesetzt werden, wurde von der Gruppe Bündnis 90/Grüne ein Antrag in den Bundestag eingebracht, der bestimmte Kriterien einfordert für einen jährlichen öffentlichen Bericht über alle relevanten Umstände und Auswirkungen jedweder Kommunikationsüberwachung. Besonders problematische Praktiken der Fernmeldeüberwachung sollen verhindert werden.

Für FREIe und OFFENe HEIDe

Am 3. Februar haben die Mitglieder des Fördervereins „Naturpark Colbitz-Letzlinger Heide“ die Satzung verabschiedet, den Vorstand und einen wissenschaftlichen Beirat gewählt. In einer Erklärung bringen sie ihre Sorge darüber zum Ausdruck, daß die Bundeswehr in den letzten Wochen sich verstärkt anstrengt, die Heide in Besitz zu nehmen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Sie fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen geplanter Einsparungen im Verteidigungshaushalt auf die Etablierung eines milliardenschweren „Gefechtsübungszentrum“ und anderer militärischer Einrichtungen zu verzichten. Die geplanten Mittel sollten für Altlastenbeseitigung, Naturschutz und Infrastrukturentwicklung eingesetzt werden. Nötig und möglich sei eine baldige Ausweisung des Naturparkes „Colbitz-Letzlinger Heide“. Die vom Landesumweltamt vorgelegte Biotopkartierung bestätige, daß die Heide ein an Biotopen und Arten reiches und damit hochgradig schutzwürdiges Ökosystem darstellt. Für die Entwicklung des landschaftsspezifischen Tourismus müssen flächendeckend Voraussetzungen geschaffen werden: Wander- und Radwegen zwischen den Heidegemeinden, Naturlehrpfade, Erschließung bzw. Wiederherstellung geschichtlich wichtiger Bereiche wie ehemaliger (wüster) Dorfstellen, Gedenksteine sowie historischer Wege.

Der Förderverein will nun eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit aufgebauen und beantragt seine Einbeziehung in die Arbeitsgruppe „Zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide“ des Regierungspräsidiums Magdeburg.

Deutlicher Protest nicht formgerecht

Sabine Leloup soll 800 Mark für Meinungsäußerung zahlen

„Deutschlands Beihilfe zum Völkermord" steht auf einem der Tarnsparente, die am 18. Februar das Hallenser Gerichtsgebäude zieren. Drinnen wird verhandelt gegen Sabine Leloup. Nicht befohlen, jedoch gefordert hat dies Volker Rühe, in seinem Amt Verteidigungsminister, zu dem manche der Deutlichkeit halber auch Kriegsminister sagen. So stand es jedenfalls auf einem Plakat, welches Sabine an eine Litfaßsäule klebte vor der ersten öffentlichen Vereidigung in Halle nach Sturz des SED-Staates. Rühes Erscheinen bei dieser war Anlaß für friedensbewegte HallenserInnen, gegen dessen Mitverantwortung am Verkauf von 39 Kriegsschiffen der ehemaligen NVA an das Unrechtsregime in Indonesien zu demonstrieren. Zum Beispiel mit Plakaten, auf denen u.a. Volker Rühe als Mitglied des eine Ausnahmegenehmigung für den Rüstungsdeal erteilenden Bundessicherheitsrates der Beihilfe zum Völkermord verdächtigt wird.

Nun hätte dies ja ein spannender Prozeß werden können, bei dem das Gericht - unabhängig und sachkundig - dem Wahrheitsgehalt des Vorwurfs hätte nachgehen können. Sabine hatte eine umfangreiche Erklärung ausgearbeitet, die sie dem Gericht vortragen wollte. Der Richter unterbrach sie jedoch: Sie dürfe nicht vom Blatt ablesen, sondern müsse alles in freier Rede vortragen. Sabines Verteidiger, Wolfgang Kaleck, hatte sich die Mühe gemacht und beantragt, den von dem Plakat ausgehenden Vorwurf genau zu untersuchen: bspw. mittels Ladung geeigneter Zeugen von ai bis terre des hommes bezüglich der Menschenrechtssituation in Indonesien; von Rühe bis Kohl, um die Genehmigungspraxis des Bundessicherheitsrates bezüglich des Waffenexports genau zu klären. Auch der Botschafter Portugals sollte als Zeuge vernommen werden, der hatte in ungewöhnlich deutlicher Form gegen die Lieferung von zwei Dritteln der ehemaligen NVA-Kriegsflotte an Indonesien protestiert. Weiterhin ging es darum, zu beweisen, daß durch die Lieferung der Kriegsschiffe die Menschenrechtssituation zunehmend verschlechtert wird.

Alle Beweisanträge Kalecks lehnte Richter Werner Budtke rundweg ab: Die brutalen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen Indonesiens in Ost-Timor, West-Papua, Aceh und anderswo wurden „als wahr unterstellt". Ebenso, daß Rühe für die Ausfuhrgenehmigung der Kriegsschiffe mitverantwortlich ist.

Doch keineswegs kam es jetzt zu dem vom RA geforderten Freispruch für Sabine Leloup. Der hatte auch darauf verwiesen, daß der Tucholsky-Spruch „Soldaten sind potentielle Mörder" von einem Oberlandesgericht als zulässig beurteilt wurde. „Offensichtlich ist für das Gericht interessanter, wo genau die Litfaßsäule stand, als das, was in Indonesien geschieht", führte er aus.

Die Anklage des Staatsanwaltes Volker Pfaff richtete sich fast ausschließlich gegen die Gestaltung des Plakates. Der Tatbestand der Beleidigung sei dadurch erfüllt, daß hier ein Minister in einer Art und Weise dargestellt sei, als wenn es sich um einen Schwerverbrecher handele. Auf die Argumentation, daß es sich bei 'Beihilfe zum Völkermord' tatsächlich um ein Schwerverbrechen handelt, daß Rühe auf dem Plakat dieses Verbrechens lediglich verdächtigt wird, und daß dieser Verdacht auch für alle nachvollziehbar begründet wird, wollte sich der Staatsanwalt nicht einlassen. Er beharrte auf einer strikten Trennung zwischen Form und Inhalt des Plakates. Inhaltlich stieß ihm lediglich das Wort 'Kriegsminister' auf, daß er ebenfalls für beleidigend hält. Offenbar paßte es ebensowenig ins Weltbild des Staatsanwaltes wie der als Zeugen vernommenen PolizistInnen, daß eine Person des öffentlichen Lebens, ja der hohen Politik, ungestraft eines Verbrechens verdächtigt werden kann. Es wird so getan, als gebe es in der deutschen Geschichte weder einen Hitler noch einen Goebbels, weder einen Honnecker noch einen Mielke. In einer Zeit, in der Politiker zurücktreten müssen, weil sie für Freunde Plastikchips vermarkten, auf Parteikosten zum Frisör gehen oder die Mandantenkartei ihrer Anwaltspraxis vermieten, in einer Zeit, da Stasi-IM's hohe Posten in Politik und Wirtschaft bekleiden dürfen, darf nicht einmal vermutet werden, daß auch Politiker eines Verbrechens sich schuldig machen können. Oder wenn doch, dann nur auf Plakaten, deren Layout - nicht ihr Inhalt! - vorher vom Staatsanwalt für unbedenklich erklärt wurde.

Ein Prozeßbeobachter von Watch Indonesia bemerkte hierzu:

„Folgt man der Argumentation des Staatsanwaltes, dann hätte das Plakat wohl folgendermaßen aussehen dürfen: Vierfarbfoto von Volker Rühe (lächelnd) über die gesamte Plakatfläche, der Hintergrund freundlich blau gehalten. In großen roten Lettern: CDU (ohne Klammern); etwas kleiner daneben: Volker Rühe. Das Wort 'Kriegsminister' wird gestrichen. Der restliche Text, einschließlich der Balkenüberschriften 'Beihilfe zum Völkermord' und 'Dringend verdächtig' wird ganz klein (7-Punkt, schwarz) um 90 Grad gedreht an den Rand gedruckt, gleichgroß und auf gleicher Höhe wie der Name der Druckerei, die das Plakat herstellt. Das ganze sähe

Klebe-Freiheit für Sabine!

dann aus wie ein Wahlplakat der CDU, d.h. ohne etwas am Inhalt zu ändern ist jegliche politische Aussage verloren gegangen."

Anwesende Exil-Indonesier erinnerte das Verfahren, abgesehen vom in Deutschland wesentlich milderen Strafmaß, fatal an Prozesse in ihrer Heimat: Nuku Soleiman wurde verhaftet, weil er einen Aufkleber verteilte, auf dem Suhartos Regierung für die Probleme der indonesischen Bevölkerung verantwortlich gemacht wird. Vorwurf: Beleidigung Suhartos. In seiner Verteidigungsrede vor Gericht brachte es der Student auf den Punkt: „Er regiert, ich werde regiert."

Das Amtsgericht Halle erkennt den Vorwurf gegen Volker Rühe als gerechtfertigt an. Dennoch erhob es keine Anklage gegen ihn, sondern verurteilte Sabine Leloup zu einer Geldstrafe: 40 Tagessätze à 20 Mark. Die Staatsanwaltschaft hatte die Beibehaltung der ursprünglich verfügten 50 Tagessätze à 30 Mark gefordert. Als strafmildernd wurde gewertet, daß Sabine Leloup aus Idealismus gehandelt habe, für sie die politische Diskussion des Rüstungsdeals Hauptanliegen war. Die Höhe des Tagessatzes wurde nach Anhörung der finanziellen Situation Sabines ebenfalls herabgesetzt: Sie betreut in ihrem Haushalt eine Flüchtlingsfamilie aus Bosnien. Sabine Leloup ist gegen das Urteil in Revision gegangen.

„Timor und kein Trupp"

Unübersehbar prangte das Transpi gegenüber dem Gerichtsgebäude. Am Gericht selbst stand „Klebefreiheit für Sabine". An den Wänden klebten Reste von Plakaten mit dem Konterfei Rühes, die einem irgendwie bekannt vorkamen, obwohl jemand in den frühen Morgenstunden versucht hatte, sie abzureißen und unkenntlich zu machen. Auch in Halles Innenstadt waren bei einem nächtlichen Spaziergang die in Rede stehenden Plakate aufgefallen. An einem Infostand direkt neben dem Eingang des Gerichts konnte man aber jede Menge noch unversehrter Plakate erhalten. Erst Stunden nach Verhandlungsbeginn wurden sie, säuberlich nach den einzelnen Konterfeis der Bundessicherheitsratsmitglieder getrennt, von der Polizei beschlagnahmt.
Während der gesamten achtstündigen Verhandlung ertönten Trommeln. Im mit über 90 Zuschauern voll besetzten Gerichtssaal trugen zahlreiche Leute T-Shirts, mit eben jenem Plakat bedruckt, um das sich die Verhandlung drehte. Nach einer mittäglichen Verhandlungspause gab der Richter kund, man habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß verschiedene Leute im Gerichtssaal T-Shirts mit dem Rühe-Plakat tragen würden. Er müsse sie darauf aufmerksam machen, daß dies möglicherweise strafbar sei, allerdings liege bisher kein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Entfernung der T-Shirt-Träger vor. Der Staatsanwalt beantragte umgehend, die T-Shirt Träger festnehmen zu lassen und aus dem Gerichtssaal zu entfernen. Der Richter zog sich zurück, um den Antrag zu bearbeiten. Nach kurzer Zeit kam er zurück und verkündete, dem Antrag werde stattgegeben. Doch es waren keine T-Shirts mehr zu sehen, dafür um so mehr bis oben zugeknöpfte Mäntel und Jacken. Der Staatsanwaltes beantragte, die verdächtigen Personen sollen aufgefordert werden aufzustehen. Das war dem Richter denn doch zu blöd, zumal die Medienvertreter in der ersten Reihe bereits unüberhörbare Scherze machten. Niemand müsse sich selbst anzeigen. So wurde der Antrag vorläufig zurückgezogen.

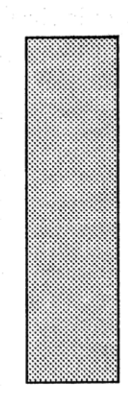
Nachdem das Urteil gesprochen war, enthüllte die Hälfte der ProzeßbeobachterInnen das T-Shirt mit dem aufgedruckten Plakat. Auf der Treppe des Gerichtsgebäudes stürmten uns nun erleichtert Polizisten entgegen: Endlich durften sie festnehmen. Doch nach Intervention des Rechtsanwaltes gegenüber Polizeichef Helmut Wolters wurden alle mit der Auflage, Mäntel und Jacken zu schließen, laufen gelassen. Schließlich war es nicht nur im Gerichtsgebäude kalt. Das hatte aber mit der Jahreszeit zu tun.

Timor-Petition abgelehnt

Am 24. Februar '94 lehnte der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages eine Eingabe gegen den Kriegsschiffexport ab. Diese war bereits im Juli '93 auf den Weg gebracht worden. „Timor und kein Trupp" erwägt nun, doch Einzelklagen zu stellen.
Mittlerweile strebt der Senat von Berlin eine Städtepartnerschaft mit Indonesiens Hauptstadt Jakarta an. Das NEUE FORUM protestierte bereits und forderte den Senat auf, sich um die dortige Menschenrechtssituation zu kümmern.
Kontakt: *Timor und kein Trupp*
Dresden fon/fax: (0351) 537 49

Gerold Hildebrand

Spendenkonto:
NEUES FORUM Dresden
Landeskirchliche Kreditgenossenschaft Sachsen
Konto: 30 000 5250
BLZ: 850 951 64
Stichwort „Timor"



Makedonien - ein Staat hofft auf Europa

Teil V:
Die ökonomische Situation

Das Bruttosozialprodukt (BSP) des Staates ist aufgrund der schweren ökonomischen Krise von 2,3 Milliarden US-Dollar auf 1,9 Milliarden US-Dollar innnerhalb der letzten drei Jahre gesunken.
Das erwirtschaftete BSP pro Kopf der Bevölkerung wird offiziell mit 972 US-Dollar gegenüber 1.240 US-Dollar im Jahr 1991 angegeben. Die Boykottpolitik Griechenlands (Streit um die Staatsbezeichnung Makedonien) und die Embargopolitik gegenüber Serbien verminderte den Lebensstandard in allen Sphären für die Bevölkerung. Der Wirtschaftsminister Petrus Stefanov: „(...) Die UNO-Resolutionen zum Embargo gegenüber Jugoslawien haben große Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, denn unsere Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahrzehnten ausschließlich auf den jugoslawischen Markt zugeschnitten."
Die Bedeutung der serbischen Handelsverbindung sieht man u.a. in folgenden statistischen Angaben :
- ca. 80% der Transporte für Makedonien liefen über Serbien,
- Makedonien deckte einen großen Teil seines Strombedarfes durch den jugoslawischen Stromverbund.

Durch den Krieg in Bosnien-Herzegowina und den damit verbundenen Problemen in der Handelstätigkeit stiegen die ökonomischen Verluste 1993 auf ca. 1,8 Milliarden US-Dollar. Kompensationen durch internationale Institutionen wurden bislang weder an Makedonien noch an andere Staaten Südosteuropas gezahlt. Es müssen also bis zum heutigen Tag die ärmsten Staaten Europas die Kosten für die durch die UNO beschlossene Embargopolitik tragen!
Die Industrieproduktion und die landwirtschaftliche Erzeugung ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, allein in den letzten zwei Jahren um die Hälfte im Vergleich zu 1990.
Der Außenhandel ist mit den ehemaligen jugoslawischen Staaten fast völlig zum Erliegen gekommen und andere Märkte konnten noch nicht aufgebaut werden, da die Nachbarstaaten selbst riesige ökonomische Probleme haben und die Produkte aus Makedonien international nicht wettbewerbsfähig sind. Der größte Handelpartner ist die Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von Rußland, Bulgarien und der Ukraine.
Makedoniens Aufmerksamkeit in handelspolitischer Hinsicht gilt vor allem Osteuropa, den GUS-Staaten und dem Nahen Osten. Das gesamte Importvolumen betrug 1991 ca. 1,2 Mill. US-Dollar und das Exportvolumen wird offiziell mit 1,1 Mill. US-Dollar angegeben. Bei Betrachtung der Außenhandelsbeziehungen des Staates muß man berücksichtigen, daß ein großer Teil des Handels Clearing-Abkommen sind. Der Aufbau einer westlichorientierten Marktwirtschaft wird von allen politischen Kräften im Parlament begrüßt, doch sind die Regierung und verschiedene Parteien unterschiedlicher Meinung, in welcher Art und in welchen Zeiträumen dieser Prozeß zurückgelegt werden sollte.
Die Regierungsparteien sprechen sich ausdrücklich für eine beschleunigte Abwicklung der alten gesamtgesellschaftlichen, wie auch ökonomischen Strukturen aus, übersehen meiner Meinung nach aber die Folgen einer überstürzten marktwirtschaftlichen Neuordnung ohne die Einbindung einer starken sozialen Komponente für die Betroffenen, d.h. für die Arbeitslosen und Kleinverdiener. Der Staat subventioniert immer noch einen großen Teil der Wirtschaft, doch wie lange noch? Und mit welchen sozialen Eruptionen ist dann nach der Schließung ganzer Industriezweige in Makedonien zu rechnen?
Die offiziellen Arbeitslosenzahlen betrugen im Januar 1993 (435.061 Beschäftigte):

- Arbeitslose insgesamt	- 174.022,
- Frauen	- 86.062,
- Skopje	- 47.295.

Auch die so ertragreiche, weil devisenbringende, Touristikbranche hat mit enormen Einbußen zu kämpfen. Nach offizieller Statistik für 1991 sind u.a. im Vergleich zum Vorjahr nur noch 40% der Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland gekommen.

VI. Ausblick

Die politischen und ökonomischen Probleme sind in der Republik Makedonien enorm. Die ethnischen Spannungen verstärken sich seit geraumer Zeit vor allem zwischen der albanischen und makedonischen Bevölkerung. Makedonien wird in der Zukunft nur dann eine Möglichkeit zum Überleben haben, wenn die politische Gleichberechtigung aller Ethnien nach der Verfassung und durch entsprechende Gesetze gesichert sein werden.
Extremistische radikale Forderungen aller Parteien und Gruppierungen der beiden großen Ethnien fördern nicht das Verständnis und sollten im vorhinein vermieden werden. Emotionsgeladene politische Auseinandersetzungen zeugen von einer niedrigen Entwicklung der politischen Diskussionskultur und sind leider im gesamten politischen Spektrum des Landes festzustellen. Die „Albanische Frage" muß in kürzester Zeit durch Dialog und Kompromisse auf beiden Seiten gelöst werden. Die ökonomische Hilfe zur Selbsthilfe aus allen reichen westeuropäischen Staaten (und nicht nur der EG-Staaten!) muß für Makedonien, und das gilt für alle derzeit sich im Transformationsprozeß befindlichen südosteuropäischen Staaten, in der Zukunft gesichert werden. Damit ist keine direkte Einmischung von deutschen Parteien und Institutionen auf das politische Geschehen in Makedonien gemeint, sondern die Untersützung vor allem ökonomischer Faktoren, u.a. durch Joint-Ventures, staatliche Bürgschaften und Direktinvestitionen.

☞ ☞ ☞

Neues aus der Geistigen Republik Zitzer

Das NEUE FORUM Thüringen will die „Geistige Republik Zitzer", die von Kriegsdienstverweigerern in Tresnjevac/ Oromhegyes (Vojvodina) initiiert wurde (siehe BULLETIN 29 + 30), für den Friedensnobelpreis vorschlagen. Mitte Februar erreichte uns folgender Brief über Wolfram Roger.

Mein lieber Freund!

In letzter Zeit hat es in unserer Gegend unzählige Neuigkeiten gegeben. Wahrscheinlich wißt ihr schon, daß seit 24. Januar eine neue Währung im Umlauf ist, die „Superdinar" genannt wird. Laut Regierungsverordnung ist sie 1 Mark wert. Diese Verordnung hat zwar die Inflation gestoppt, aber wegen der drastischen Preissteigerungen ist die Bevölkerung seit Anfang Februar nicht in der Lage, die kommunalen Dienstleistungen, wie z.B. Strom, Wasser, Telefon, Gas zu bezahlen. Um ein Beispiel zu nehmen, ein einfacher Arbeiter verdient im Monat 20 - 30 Dinar, davon müßte er 10 Dinar für Strom, für Wasser 5 Dinar, für Gas 150 Dinar und vielleicht eine Telefonrechnung von 100 Dinar bezahlen. Die Regierung des Landes erfindet immer neue Steuern, die auch nicht zu bezahlen sind, aber in Wahrheit wollen sie erreichen, das diejenigen, die noch Devisenreserven haben, diese in den Banken umtauschen in Dinar, um die Rechnungen zu bezahlen. Auch die Parlamentskrise hat sich bis zum heutigen Tag nicht gelöst. Zwar hat sich das Parlament konstituiert, dann allerdings hat man erst nach 2-wöchigem hin und her einen Präsidenten gewählt, aber noch immer sind keine Vizepräsidenten gewählt oder Kommissionen gebildet worden. Auch die neue Regierung hat sich noch nicht gebildet. So kann die alte Regierung die Verfassung und die gültigen Gesetze mißachtend neue Verordnungen erlassen und diktatorisch herrschen. Man könnte es so werten, daß auch all das was in Bosnien geschieht, ganz in das Konzept des hier an der Macht befindlichen Systems paßt. Da nämlich die ganze Welt den bosnischen Serben mit einer bewaffneten Intervention droht, müssen sich also die hier lebenden Bürger auf die Verteidigung der bosnischen Serben vorbereiten. Das bedeutet, daß erneut eine Mobilisierung, Entsendung von Soldaten nach draußen zu erwarten sind. Das Regime kann dem serbischen Volk wieder beweisen (seiner Interpretation nach zumindest), daß die ganze Welt sich gegen die Serben verschworen hat. Darum sei die wirtschaftliche Lage so schlecht. Darum müßten die Bürger neuerlich Opfer erbringen. Es erscheint immer mehr so, als ob nicht diejenigen die Weltpolitik gestalten, die das von sich glauben, sondern daß alle Fäden bei einer Person in Belgrad zusammenlaufen ..."

Lajos Balla schreibt weiter, daß das Interesse an der Geistigen Republik Zitzer in Deutschland, Holland, Frankreich, Österreich anhält und bittet um die Mithilfe bei der Herstellung weiterer Kontakte und darum, auf ungarisch oder serbisch mit ihnen Verbindung zu halten.

„Ich möchte Dir noch mitteilen, daß auch unsere amerikanischen Freunde geschrieben haben. In der Winterausgabe der Zeitung „fifth estate" ist ein Artikel erschienen, der darüber berichtet, was hier in Oromhegyes/ Tresnjevac 1992 abgelaufen ist und daß in New York die Botschaft der Geistigen Republik Zitzer eröffnet wurde. Aus diesem Artikel erfuhr ich auch, das Chattanooga (wo auch heute noch Polizeigewalt und Ku-Klux-Klan die Bevölkerung terrorisieren) Oromhegyes als Schwesternortschaft erwählt hat (Städtepartnerschaft) ...

Das ist vielleicht die wichtigste Unterstützung für uns, daß wir sehen: wir sind nicht allein auf der Welt, es gibt Menschen gleicher Gesinnung, die im Geiste der Liebe und der Einheit denken und an die Gewaltlosigkeit glauben und daher auch zu zivilem Ungehorsam bereit sind."

Mit herzlichen Grüßen
Lajos Balla

Hauptaufgabe für die westeuropäische Staaten wird in den nächsten Jahrzehnten die Hilfe beim Aufbau von stabilen demokratischen Gesellschaften in dieser europäischen Region sein, denn hier entscheidet sich, ob Westeuropa selbst überleben wird!
Detlef W. Stein
Fachforum Südosteuropa

VII. Weiterführende Literatur:

- Bartl, P.: Grundzüge der jugoslawischen Geschichte, Darmstadt 1985.
- Bernath, M.: Das mazedonische Problem in der Sicht der komparativen Nationalismusforschung, München 1970, (= Bd.XXIX der Südost-Forschungen).
- Dellin, L.: Das Mazedonien-Problem in kommunistischer Sicht: ein Lösungsversuch im Rahmen einer Balkanförderation, München 1970, (=Bd. XXVIII der Südost-Forschung).
- Hösch, E.: Geschichte der Balkanländer, Stuttgart 1992.
- Kohl, Ch. v.: Kosovo: gordischer Knoten des Balkan, Wien 1992.
- Reiter, N.: Nationalbewegungen auf dem Balkan, Berlin 1982 (= Bd. V der Balkanologischen Veröffentlichungen).
- Reuter, Jens: Die Albaner in Jugoslawien, München 19982.

Zwangsarbeit in Leipzig

„Es gibt gewisse Parallelen zum Arbeitsdienst im Dritten Reich.
Aber deswegen bin ich doch kein Nationalsozialist.“(1)

Matthias von Hermanni
(langjähriger Junge-Union-Vorsitzender in Hannover, seit 1990 Leiter des ABM-Stützpunktes Leipzig)

1. Zur Erinnerung

1931 „Freiwilliger“ Arbeitsdienst zum Niedrigstlohn für Jugendliche, die keine Unterstützung bezogen - Arbeit für Kost und Logis

1932 Bestrebungen, daraus einen Zwangsdienst zu machen, nachdem er schon aus der Zuständigkeit der Arbeitsämter ausgegliedert worden war - Ausweitung des Arbeitsdienstes bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

1934 Reichsarbeitsdienst

DDR Arbeitspflicht bis 1985 - Das Gesetz verfolgte die Arbeitsverweigerung für das SED-Regime mit Arbeitsplatzbindung bis hin zur Verurteilung zu Freiheitsstrafe. Die „strafrechtlichen Erziehungsmaßnahmen“ konnten erst nicht mehr durchgeführt werden als für das herrschende Regime Arbeitslosigkeit zum Problem wurde. Ungewollt Arbeitslose oder wegen politischer Opposition Entlassene hatten keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung, da es sie offiziell nicht gab.

2. Die Praxis

In Leipzig-Leutsch wurde 1990 mit Fördermitteln ein ABM-Stützpunkt in städtischer Trägerschaft aufgebaut. So beschäftigte die Stadt 1993 auf dem Stützpunkt zwischen 1000 und 1500 ABM-Mitarbeiter und weitere ca. 1500 in der Stadtverwaltung.

Im Mai 1993 ging die Stadtverwaltung in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der Bundesregierung zur Heranziehung von Sozialhilfeberechtigten über. Ein gelbes Faltblatt mit dem Titel „Arbeit statt einfach nur Sozialhilfe beziehen, denn Arbeit ist mehr als nur Geld verdienen“ wurde von den Sozialämter verteilt. Darin werden die Betroffenen mit zynischen Losungen wie „Arbeit ist, am Abend zu wissen, warum man am Morgen aufgestanden ist“ zum Arbeitseinsatz aufgefordert. Den Sozialhilfeberechtigten wurde die Drohung mit auf den Weg gegeben, daß ihnen die Sozialhilfe gekürzt werde, wenn sie nicht 40 Stunden pro Woche für 2,— DM Aufwandsentschädigung pro Stunde arbeiten. Die Erpressung zur Billigtarifarbeit wurde auch gegenüber Alleinstehenden mit Kindern ausgesprochen. Morgens 7 Uhr beginnt der Einsatz mit dem Antreten der Brigaden zum Zählappell. Wer sich Minuten verspäte, dem wurde mit Stundenabzug gedroht. Einige arbeiten im Stützpunkt selbst einige werden mit Kleinbussen an den Arbeitsort gefahren. Sie setzen Wege instand, pflanzen Bäume, mähen Rasen, malern Schulen und Bibliotheken, tischlern und schweißen Gegenstände für Kinderspielplätze oder erledigen die Lohnabrechnung für die Zwangsverpflichteten. Auf Bekleidungs-Karteikarten der Sozialhilfeberechtigten waren gelbe Punkte aufgeklebt. Arbeitsschutzbekleidung wurde zum Teil nicht ausgegeben. Das Modell heißt „Arbeit statt Sozialhilfe“ und ist dem Dezernat Allgemeine Verwaltung unterstellt. Einige Sozialhilfeberechtigten leisteten der Arbeitsaufforderung nicht Folge. Sie fühlten sich verhöhnt oder glaubten der Drohung nicht. Andere kamen der Zwangsarbeit nur einige Zeit nach.

3. Der Plan

Im internen Papier der Stadtverwaltung mit dem Titel „Arbeit für Leipzig“ ist zu lesen, daß das repressive Projekt für 5000 (!) Sozialhilfeberechtigte geplant wurde. Es wird die Situation der Stadt beschrieben, wie sie als Endpunkt der Bundes- und Landespolitik mit dem Problem der zunehmenden Langzeitarbeitslosigkeit umgehen soll. Infolge des Kürzungsprogramms der Bundesregierung werde dem ABM-Stützpunkt die Arbeit ausgehen und der Stadt werden höhere Sozialhilfekosten aufgebürdet. Was sei zu tun? Es wird hervorgehoben, daß es bei den Hilfeempfängern zu einer passiven Alimentation komme. Dem kann abgeholfen werden, denn das Bundessozialhilfegesetz erwartet von Trägern der Sozialhilfe daß sie den Hilfeempfängern Gelegenheit zur Arbeit schaffen. Können reguläre Arbeitsverhältnisse nicht eingerichtet werden, sind Entschädigungen für Mehraufwendungen vorsehen (§19 BSHG). Es wird darauf spekuliert, daß sich nicht zur Wehr setzt, wer mit dem Notwendigsten erpreßt wird. Bei mindestens fünf Verweigerern der Zwangsarbeit wurde die Drohung in die Tat umgesetzt, die Sozialhilfe gekürzt.

Bedenkt man, daß die Stadt gleichzeitig zahlreiche Dauerarbeitsplätze streicht, wird deutlich, daß mit derartigen Methoden entrechteter Arbeit mit tarifgerecht entlohnten festen Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst bedroht werden und letztlich der Öffentliche Dienst überhaupt unter Druck gerät.

4. Reaktion der Stadt

Leipzig ist mehrheitlich unter OB Lehmann-Grube SPD regiert, aber auch Bündnis 90/Die Grünen und die CDU regieren mit. Des Oberbürgermeisters Politik der „Sachkoalition“ hat dazu geführt, daß keine der Parteien ein Profil entwickeln konnte, nicht einmal seine eigene. Ein Stadtparlament ohne ernstzunehmende Opposition ist für antidemokratische Experimente bestens geeignet.

Eine PDS, welche im Bundestag für die Ergänzung der „Pflicht zur Arbeit“ durch das „Recht auf Arbeit“ (2) getreu der einstigen DDR-Staatsrechtsauffassung eintritt, ist als Kritikerin der Zwangsarbeit indiskutabel.

Anläßlich des 4. Jahrestages der entscheidenen Montagsdemonstrationen, am 9. Oktober, verteilte das NEUE FORUM Leipzig ein Flugblatt „Schluß mit der Zwangsarbeit in Leipzig“, um der repressiven Praxis der Stadtverwaltung Öffentlichkeit zu verschaffen. Das NEUE FORUM arbeitet in Leipzig bisher nur außerparlamentarisch. Ein weiteres Flugblatt und Veranstaltungen folgten. Kaum setzten sich Menschen gegen den Skandal zur Wehr, schon stritten Verantwortliche der Stadt öffentlich ab, was sie seit einem halben Jahr praktizierten. Alle Sozialhilfekürzungen

wurden rückgängig gemacht und zum Übereifer einzelner Sozialamtmitarbeiter erklärt. Der verwaltungsinterne Plan, dem monatelange Durchführung entsprach, sollte nun ein unverbindliches Diskussionspapier gewesen sein. Der Zwangscharakter der Maßnahme wurde einerseits bestritten und gleichzeitig wurde Sozialhilfekürzungen für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Im November wurden 1000 einjährig befristete Arbeitsverträge für Sozialberechtigte angekündigt, die nach dreimonatiger „Probezeit" bei Mehraufwandsentschädigung von 1,— bis 3,— DM pro Stunde abgeschlossen werden sollten. Die ÖTV drückte die Befürchtung aus, bald könnten Menschen, die aus dem Öffentlichen Dienst entlassen wurden, die gleiche Arbeit zum Billigstlohn wieder aufnehmen.

5. Gegenwärtiger Stand

Am 26 Januar fanden sich Andreas Müller (Stadtrat Allgemeine Verwaltung) und Dr. Rittmeyer (Bürgermeisteramt) als Vertreter des Oberbürgermeisters zu einem Gespräch mit dem NEUEN FORUM, Gewerkschaften und interessierten Personen bereit. Ein Journalist wurde noch vor Beginn des Raumes verwiesen.

Im Gespräch erfuhren wir, daß es im Oktober 1993 in Leipzig bereits 12.000 Sozialhilfeempfänger gab, wovon 5000 im arbeitsfähigen Alter (16 - 60) sind und alle erdenklichen Qualifikationen haben. Es sollen Arbeitsangebote unterbreitet werden, die angenommen werden können. Während der „Anfangsphase" von drei Monaten, die individuell verlängert (!) werden kann, zahlt die Stadt Mehraufwandsentschädigung (nach §19 Abs. 2) von 2,— DM/h und in der Regel Anfahrtskosten. In Aussicht stehe grundsätzlich ein Arbeitsvertrag für ein Jahr, der an ABM-Bedingungen angelehnt wird. Gezahlt werden nur 90 % des Tariflohnes. Junge Menschen ohne Beruf erhalten nur 80 %. „Das hat einen ausbildungspädagogischen Hintergrund. Es geht hier nicht ums Geld." (Andreas Müller) im ABM-Stützpunkt können Teilqualifikationen erworben werden. Unter Tariflohn wird hierbei die Lohngruppe LO 1 verstanden, die unterste im öffentlichen Dienst. Diese entspricht weder einer Tischlerarbeit noch einer Gärtner- oder einer der sonstigen geleisteten Tätigkeiten. Selbst nach einjährigem Arbeitsvertrag bleibt der Betroffene also abhängig von Hilfe zum Lebensunterhalt.

Nach Auffassung des Stadtrates Müller fände Zwangsarbeit nicht statt, nur entstünde bei unbegründeter Ablehnung der Arbeit eine „schwierige Situation", doch wenn die Stadt gemäß dem Gesetz kürzt, so sei dies eine zwangsweise Kürzung der Sozialhilfe, jedoch keinesfalls ein Zwang zur Arbeit - eine bemerkenswerte Logik! Weil die Maßnahmen nach §25 BSHG schwierig seien, schlüge die Verwaltung daher vor, daß nach §114 BSHG ein Gremium sozialerfahrener Personen, Verwaltung und Stadtverordneten eingeschaltet und in die Entscheidungen nach §25 BSHG einbezogen werden möge. Von der Drohung mit Sozialhilfekürzungen ausgenommen werden nur 18 und über 55jährige Personen sowie Alleinerziehende. Dazu sei ein Konzept „Auswirkungen von Dauerarbeitslosigkeit und Gegenmaßnahmen" in den Ausschüssen des Stadtparlaments in Arbeit - demnächst soll es einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zum Thema geben, obwohl es nur um eine Verwaltungsaufgabe gehe: „Wir brauchen die Stadtverordneten gar nicht, um so was zu machen."(A. Müller)

Zusätzlich seien alle Arbeiten des ABM-Stützpunktes, die zumindest nicht zu diesem Zeitpunkt von der Stadt hätten verrichtet werden können.

Die Stadtverwaltung sei stolz, daß das Projekt schon so weit Vorangekommen sei, während es sich in Dresden und Chemnitz erst im Aufbau befinde, wer nur auf den Hammer §25 blicke, sähe nicht die Chancen und betrachte die Sache einseitig.

Wir konnten nur zusammenfassend feststellen, daß die Stadt den repressiven Weg der Entrechtung mitgeht, welcher derzeitig in dieser Gesellschaft die herrschende Politik kennzeichnet. Nichts an dem ganzen Konzept ist erhaltenswert. Die Stadtregierung könnte darauf verzichten, wenn sie wollte. Es bedürfte nur einer politischen Entscheidung gegen die herrschende Politik, Von dem vorhandenen Geld könnten wirklich tarifgerechte Arbeitsplätze geschaffen werden. Abschließend versprach Stadtrat Müller, uns das Vorlagepapier für die Stadtverordnetenversammlung zukommen zu lassen. Auch ein Besuch auf dem ABM-Stützpunkt wurde vereinbart. Den übergebenen Fragenkatalog zum Thema wolle Herr Müller schriftlich beantworten, soweit ihm dies möglich sei. Wir bleiben weiter an der Sache dran, noch haben wir das versprochene Vorlagepapier nicht erhalten, doch dessen Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung ist schon zum zweiten Mal verschoben worden, obwohl der Ausschuß für Allgemeine Verwaltung es bereits beschlossen hatte. Der Erfolg wird wie immer von der Zahl derer abhängen, die sich wehren. In einer westdeutschen Großstadt soll ein Sportplatz von Zwangsarbeitern erbaut worden sein, der seither unbenutzbar geblieben ist. - Muß es erst soweit kommen, daß die zur Zwangsarbeit Verpflichteten allein in der Sabotage noch eine Möglichkeit sehen, sich der Erpressung zu beugen und doch noch ihre Würde zu bewahren?

War es im System direkter politischer Herrschaft der DDR unsere vordringliche Aufgabe, uns als Opposition gegen die politische Entrechtung zur Wehr zu setzen, so ist es im heutigen System indirekter ökonomischer Herrschaft auch notwendig, sich gegen ökonomische Erpressungsmaßnahmen zu wehren. Die Entscheidungs- oder Wahlfreiheit des Einzelnen - eine Grundvoraussetzung aller Demokratie - wird dort verachtet, wo die Erniedrigung zur Zwangsarbeit als Vorbedingung materieller Grundsicherung gilt.

NEUES FORUM Leipzig
Demmeringstraße 40, 04177 Leipzig
fon (0341) 4411795
Oliver Kloß (Sprecher)
fon/fax (0341) 2615366

(1) Kreuzer - Das Leipziger Stadtmagazin, Februar 1994, S. 16
(2) Woche im Bundestag, 21/1993, S. 61
Vgl. Arbeitslosenzeitung „quer" 11 - 12/1993 und 1 - 2 /1994

Anmerkungen zu einem Artikel der AG Arbeit und Soziale Politik

Ich bin es zwar gewohnt im Bulletin allerlei Merkwürdiges zu lesen, aber nicht oft ist das Gelesene dann in sich so wider-sprüchlich wie der Artikel von Ingo Stuve „Für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der Lohnabhängigen" in der Nummer 30 vom 15.01. Bei der Lektüre - die mir beinahe schon der erste Satz vergällt hätte, da er nämlich feststellt, daß der Standpunkt der kleinen Leute in der Sozialen Frage (als ob der irgendetwas Tolles sei) nicht von den etablierten Parteien aufgenommen wird - bemerkte ich also bald die überdurchschnittliche Abwesenheit der ansonsten so typischen Klage im NEUEN FORUM über die Schlechtigkeit der Gegenwart.

Was allerdings diesen ersten Satz betrifft, und dies ist der Grund für die aufsteigende Galle, stellten sich mir die Fragen, was denn, nach Meinung des Autors, der „Standpunkt der sogenannten kleinen Leute" in der Sozialen Frage sei und warum jemand deren Partei ergreifen soll. Die Antworten darauf, die der Autor selbst am Ende seines Artikels liefert sind so dürftig („...konsequente Verteidigung der bisherigen Sozialstandards...", und „...weil keine etablierte politische Kraft ihre Partei ergreift..."), daß mir neben der Galle auch gleich noch die Tränen kämen, würde ich denn eine, jenseits aller ökonomischer Begriffe stehende, „soziale Gerechtigkeit" zum Maß der Politik machen.

Die Frage nach dem Sinn des Erhalts eines nationalen „Sozialstandards" in einer Welt des internationalisierten Kapitals (und der internationalisierten Armut) stellt sich in diesem Zusammenhang dem Autor leider nicht. Im Übrigen passt ja wohl der „Standpunkt der kleinen Leute" nahtlos zum Standpunkt der großen Leute, also zum Kapital, denn wie sollte man sich den „Exportweltmeister" ohne die brav schaffenden Lohnabhängigen vorstellen? Auch scheint es mir nicht gerade ein NEUES FORUM zu erfordern, die klassischen Aufgaben der Gewerkschaften zu erledigen, bloß weil diese im Gestrüpp der Vereinigungswirren und der Krise den Überblick verlieren.

Merkwürdigerweise geht der Autor dann aber einer, nicht nur mich interessierenden, sondern so gar nicht zu seinem Gerede von der „Sozialen Gerechtigkeit" passenden, Problemstellung nach, die im NEUEN FORUM bisher nicht besonders populär war: Hat der Kapitalismus auf der ganzen Linie gesiegt?

Er zitiert dann einige exponierte Marktwirtschaftler, denen der vermeintliche Sieg der Marktwirtschaft nicht ganz geheuer vorkommt und die düstere Wolken am Himmel der Marktwirtschaft aufziehen sehen und sieht darin den Anlaß über systembedingte Probleme der Marktwirtschaft und ihre grundsätzliche Veränderung nachzudenken. Dann aber, als ob ihn nun dieser Gedanke erschreckt hätte, holt ihn das Neue Forumistische Grundübel, nur das Machbare zu denken, gleich wieder ein: „Wenn es darum geht, wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen zu entwickeln, sollten die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse Ausgangspunkt sein, da ansonsten nur Luftschlösser gebaut werden, die so im gegebenen wirtschaftlichen System nicht funktionieren können." Was aber sollen denn diese „Vorstellungen ...im gegebenen wirtschaftlichen System" (die unfreiwillig gleich an Jaroslav Haseks „Partei des gemäßigten Fortschritts in den Grenzen des Gesetzes" von 1913 erinnern) für Beiträge zum Nachdenken über grundsätzliche Veränderungen sein? Mit diesen Vorstellungen muß der Autor einfach wieder bei aufgeblasenen Worthülsen („...breite Mobilisierung ... kompromißloser Kampf der Lohnabhängigen ... konsequente Verteidigung...") landen.

Zwischendurch beschreibt Ingo Stuve die Funktionsweise des Marktes und die von ihm verursachten gesamtwirtschaftlichen Probleme sowie die wirtschaftspolitischen, also staatlichen Korrektive. Die klassische Wirtschaftspolitik habe keine grundsätzliche Verteilungsgerechtigkeit erreicht, die jetzige Rezession nicht verhindert und die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigt. So weit, so gut. Aber warum denn? Weil sie „klassisch" ist? Und eine „alternative" Wirtschaftspolitik könnte irgendetwas an diesen Mißständen ändern? Etwa solange sie sich im „gegebenen wirtschaftlichen System" betätigte? Ingo Stuve verneint sowohl den Lösungsansatz der monetaristischen Lehre, der die CDU nachhängt, als auch den der keynesianischen Lehre, die von der SPD bisher favorisiert wurde.

Und obwohl er seine Gedanken bis zu diesem Punkt treibt, der eine ja förmlich über dieses „gegebene System" hinaus katapultiert, schafft er es, sich in die bleierne Schwere des moralisierenden Beklagens der Schlechtigkeit der Welt zurückfallen zu lassen:

Protest gegen Zwangsarbeit

Am 23. Februar kippten Sozialhilfeempfänger vor den Büroräumen eines berliner Sozialamtes mehrere Kisten Obst und Gemüse ab. Sie hinterließen ein Flugblatt, auf dem sie sich erklärten: „Was? So war es nicht gemeint? Eure Erntehelfer" Hintergund ist der u.a. von Blüm geforderte zwangsweise Einsatz von Sozialhilfeempfängern als billigst entlohnte Erntehelfer.

„... Lohnabhängige ... Spielball ... des internationalen Konkurrenzkampfes ... Sozialstaat abgebaut ... Existenzminimum...“ usw. Spätestens an dieser Stelle wird sich einigen Leserinnen und Lesern die Frage Stellen, ob eine „Wirtschafts- und Sozialpolitik im Interesse der Lohnabhängigen“ nicht sowieso ziemlich weit neben der Kante liegt. Denn es sind ja schonmal diejenigen nicht mit dabei, die *nicht lohnabhängig* sind, weil sie keinen kriegen. Und das sind ‘ne ganze Menge Leute. Und selbst wenn Ingo Stuve meint, die seien ja indirekt doch mit dabei und so sei es keinesfalls gemeint. Es fragt sich auch, ob das Interesse der Lohnabhängigen am Erhalt des erreichten Sozialstandards nicht genau der springende Punkt ist, über den der Autor beständig stolpert, es bringt ihn nämlich immer wieder dazu, seine theoretischen Erwägungen über die gegenwärtige Krise und die Marktwirtschaft, zugunsten moralischer Parteinahme für die Erniedrigten und Beleidigten abzubrechen. Um so erstaunlicher ist es, daß er dann doch nochmal die Kurve kriegt: „Alternative Wirtschaftskonzepte setzen im Grunde auch andere Macht- und Eigentumsverhältnisse voraus ... ohne die Verhältnisse wiederholen zu wollen, wie sie im Osten waren.“ Nur will er dann gleich wieder „... vor diesem Hintergrund ... ein Forderungsprogramm diskutieren...“. Aber halt stop: andere Macht- und Eigentumsverhältnisse ... und nichts weiter? Meint der Autor, wenn alles mir ... nein, das kann nicht sein, vielleicht aber, wenn alles allen..? Und wenn es einst so wäre, machten wir dann weiter wie bisher? Bloß mit mehr „Verteilungsgerechtigkeit“? Also das muß Ingo Stuve mal noch genauer erklären. Denn ohne Antwort auf solche Fragen wird jedes Forderungsprogramm und auch jede Wirtschafts- und Sozialpolitik im besten Fall den Wert eines frommen Wunsches haben. Und ohne ein tieferes Verständnis der gegenwärtigen Krise der Marktwirtschaft wird auch unser Wirken sich nur wenig von der Wirkung frommer Wünsche unterscheiden.

Dirk Storm
NEUES FORUM Strasburg

Existenzsicherndes Grundeinkommen

Basic income / Minimum sociale garanti

♦

A: Was ist gemeint

A1: Das Existenzsichernde Grundeinkommen (EGK) ist eine sozialpolitische Alternative zu den bestehenden Sozialsystemen.
Es macht Sozialpolitik vorbeugend und verständlich und berücksichtigt in besonderer Weise die ökologischen und kulturellen Aspekte der sozialen Infrastruktur.
Das EGK bindet den Einzelnen in die Gesellschaft ein ohne ihm Fesseln anzulegen oder ihn zu erniedrigen - die sichere Existenzgrundlage für jeden Menschen ist wesentliche Voraussetzung für die freie Entfaltung seiner Fähigkeiten und seiner Persönlichkeit.

A2: EGK ist ein Schritt in Richtung auf eine bedürfnisorientierte Wirtschaft. Erwerbstätigkeit und Einkommen werden dabei entkoppelt, bisher unbezahlte und wenig geachtete Tätigkeiten (Haushalt, Kindererziehung, Kranken- und Altenpflege) erhalten nun einen neuen Stellenwert.

A3: Die Forderung eines EGK regt grundlegende sozialpolitische Diskussionen an.

A4: Eine zentrale Frage ist das Verständnis des Begriffs „Arbeit“. Was ist Arbeit, was ist Erwerbstätigkeit, gibt es Mischformen.
Eng verknüpft damit ist der Begriff „Freiheit“. Was ist Freiheit / Freiheit des Einzelnen / Freiheit einer Gemeinschaft / Freiheit einer Gesellschaft?

A5: Jeder Mensch bekommt ohne erniedrigende und komplizierte Prozeduren das, was er zum Lebensunterhalt braucht. Die Höhe des EGK richtet sich - anders als im heutigen Sozialversicherungssystem - nicht nach dem bisherigen Einkommen. Jeder erhält das EGK - nicht nur, wer sich aufgrund fragwürdiger Maßstäbe als anormal oder krank ausweisen kann.

A6: Wir wollen, daß das EGK neben den grundlegenden Bürgerrechten in der Verfassung verankert wird.
Das EGK verliert damit den Anstrich von Almosen und wird zum Recht eines jeden Bürgers.

B: Argumente dafür

B1: Das EGK erlaubt Unterbrechungen der normalen Berufstätigkeit an jeder Stelle der Biographie. Der Zwang, jede Arbeit - insbesondere krankmachende Arbeit - annehmen zu müssen, wäre aufgehoben. Das Gefühl der Erpreßbarkeit wird durch eine zunehmende Bereitschaft zu beruflichen Veränderungen ersetzt.

B2: Beispiel: Freie Schulen sind heute Mangelware - u.a. wegen der Einbindung von potentiellen Lehrkräften in die „Geldarbeit“. Das EGK ermöglicht es, daß dem brotlosen Bildungs- und Ausbildungswesen Kräfte zuströmen.

B3: Die direkte Demokratie droht an verschiedenen Stellen wegen der politi-

schen Abstinenz der Bürgerinnen und Bürger auszutrocknen. Heute steht die Regierbarkeit von Kommunen, Landkreisen und möglicherweise Ländern in Frage. das EGK erleichtert es politisch interessierten Bürgern, sich dem Gemeinwesen vermehrt zu widmen.

B4: Ungesicherte Existenzgrundlagen von immer mehr Bürgern stellen die Legitimation einer wirklichen Demokratie in Frage. Wir fordern von einem funktionierenden Gemeinwesen den Willen und die Fähigkeit, alle seine Mitglieder zu tragen. Die gegenwärtige Sozialordnung ist dazu nicht mehr in der Lage (Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Obdachlosigkeit).

B5: Arbeit kann nicht das oberste Gebot unserer Industriegesellschaft sein. Seit Fabriken auch ohne Schweiß wie geschmiert laufen - vollautomatisch, pausenlos, streikfrei, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, 52 Wochen im Jahr, ist das Recht auf Arbeit günstigenfalls ein industrielles Zuchthaus. Die soziale Weiterentwicklung besteht in dem Recht auf Wohlstand. „Zunächst müssen wir einsehen lernen, daß die Gesellschaft jemandem, der durch sein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß dem technischen Fortschritt Platz gemacht hat, eine Kompensation schuldet." (Bruno Fritsch, Professor an der ETH Zürich, 1985)

B6: Auch Erwerbstätigkeit kann nicht vollständig vor Armut schützen. Alleinstehende Frauen weisen ein relativ hohes Armutsrisiko auf. Die Formel „Alt -Arm" stimmt auch heute noch für viele Menschen. Wenn Lohnarbeit offensichtlich nicht zur Existenzsicherung ausreicht, darf Lohnarbeit auch nicht als das Hauptmittel zur Existenzsicherung angesehen werden. Diskussionen um das Pensionsalter würden sich erübrigen.
Der Staat und schließlich die gesamte Gesellschaft würden endlich honorieren, daß auch „Nicht-Lohn-Arbeit" in der Regel „Arbeit" ist. Der Staat verwaltet im übrigen nur die Mittel, er muß dies im Interesse seiner Bürger tun.

C: Argumente dagegen

C1: Apostel Paulus predigte: „So jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen." Die Erde ist nunmal kein Schlaraffenland, da ist jeder Bürger selbst dafür verantwortlich, wie er sein Existenzminimum erreicht.

D: Verschiedene Modelle

D1: Die Höhe des EGK kann von der Kommune, vom Land, von einer Region oder überregional festgelegt werden. Abstufungen ergeben sich ausschließlich aus der Höhe des übrigen Einkommens (Negativsteuer).

D2: Die staatlichen Sozialleistungen sowie die Ergänzungsleistungen werden durch das EGK ersetzt (Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe etc.).

D3: Die EG-Kommission hat am 7. Mai 1991 eine an den europäischen Grundzielen ausgerichtete Regelung für Mindesteinkommen vorgeschlagen. Danach soll Personen, die legal in den bisherigen Mitgliedsländern wohnen, ein Mindesteinkommen garantiert werden. Zahlungen sollen fällig werden, wenn die Einkünfte dieser Personen einen vom Staat festgelegten Stellenwert nicht mehr erreichen. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß bedürftige Menschen ins gesellschaftliche Abseits geraten. Es ist erforderlich, daß die Sozialfürsorgesysteme der Staaten für einen solchen Entwurf aufeinander abgestimmt werden.

D4: Erfahrungen mit dem EGK liegen bereits in Belgien, Frankreich, England, Irland, Luxemburg und den Niederlanden vor.

Siegfried Geißler
NEUES FORUM Suhl

EUROPA-Wahl-Kandidaten

Im April wird es eine kleine Broschüre zur Europawahl geben. Das NEUE FORUM wird mit einer eigenen Liste bei dieser Wahl antreten.

Die im Januar gewählten Kandidatinnen und Kandidaten dafür sind:

Bärbel Bohley, Berlin
Sebastian Pflugbeil, Berlin
Siegfried Geißler, Suhl
Matthias Büchner, Erfurt
Sabine Wolff, Halle
Karl-Heinz Dallmann, Mölbis
Dankwart Kirchner, Berlin
Oliver Kloß, Leipzig
Jan Wawrzyniak, Leipzig
Torsten Morgenstern, Leipzig
Lars Pilz, Leipzig
Michael Raschke, Leipzig
Frank Petersen, Krefeld
Folker Keck, Leipzig

<u>Sonderbundesforum Halle 22.1.1994</u>

Ergänzung zum Europa-Papier zu 1. Die Mauer

„Europa ist nicht an der Oder zu Ende. Die osteuropäischen Völker und Staaten aus dem Begriff Europa auszugrenzen und Europa mit den 12 EU-Ländern gleichzusetzen, ist ignorant und läßt die Probleme und die Verdienste Osteuropas außer acht."

<u>Sonderbundesforum Halle 22.1.1994</u>

Dringlichkeitsantrag

Das NEUE FORUM fordert den Bundestag und die Bundesregierung auf - nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten - nunmehr einen Friedenvertrag für Deutschland mit den vier Siegermächten der Anti-Hitler-Koalition abzuschließen.

Betrifft: Thesen zu Europa

Ein existenzsicherndes Grundeinkommen - Bürgergeld -, ist eine gute Idee - sie sollte ausgebaut, weiterentwickelt und europaweit angewendet werden.
Meiner Meinung nach habt Ihr in den Thesen zu Europa noch drei wichtige Punkte außeracht gelassen, die ergänzt werden könnten. Ich möchte sie nicht selber ausführen, aber zumindest stichpunktartig benennen.

1. Öffentlichkeit

Abschaffung der Geheimdienste und Informationsrecht der Bürger über sie und die Gesellschaft betreffende Angelegenheiten. Akteneinsicht ohne Klauseln! Offenen und ehrlichen Umgang mit gespeicherten Daten über Mensch und Umwelt.

2. Gewerkschaften

Außer der Vereinigungsfreiheit und dem Streikrecht ist eine europaweite, länderübergreifende Tarifpolitik nötig. Dabei könnten wir von den Erfahrungen und Kenntnissen der polnischen SOLIDARNOSC lernen. Zu diesem Punkt schlage ich vor eine Arbeitsgruppe zu gründen.

3. Lebensformen

Förderung der freien Entfaltung alternativer Lebensformen. Das Bewußtmachen des Unterschiedes zwischen Lebensstandard und Lebensqualität in der Gesellschaft (Öffentlichkeit). Anwendung ihrer dialektischen Ergänzung. Gesetzliche Regelungen für alle Wohn- und Lebensformen.
Diese drei Stichpunkte sollten wir aufnehmen, ausarbeiten und weiterentwickeln.

Peter Schulze
NEUES FORUM Güstrow

Neuer Vertreterrat des NEUEN FORUM

Bärbel Bohley, Berlin
Dieter Kohl, Jena/Thüringen
Werner Stremlow, Schönow/Brandenburg

Zur Teilnahme des NEUEN FORUM an den Europawahlen

Das NEUE FORM hat in seiner Identität, seinen Zielstellungen und seinen Arbeitsprinzipien keine Alternative in einer anderen Partei. Daher muß den Menschen, die sich durch das NEUE FORUM vertreten lassen wollen, die Möglichkeit dazu gegeben werden.
Die Bejahung des Europaparlaments als Funktionalorgan der Europäischen Union setzt die Bejahung der Europäischen Union voraus. Dies macht Schwierigkeiten, wenn man die gegenwärtige Konzeption der Europäischen Union, besonders die Maastrichter Verträge zugrunde legt. Das Problem besteht nicht in der prinzipiellen Zustimmung zur Europäischen Union, sondern in der vorgesehenen Prozedur einschließlich (und als maßgeblichen Elements) des zeitlichen Ablaufs. Trotz der Einwände in dieser Hinsicht, die nachstehend präzisiert werden, ist die Teilnahme des NEUEN FORUM an den Europawahlen zu befürworten:

1. Wegen der prinzipiellen Zustimmung zur Europäischen Union.
2. Weil die Wahl des Europäischen Parlaments eine gegebene Tatsache ist, der sich das NEUE FORUM stellen muß.
3. Weil das Europäische Parlament das positivste Element der Europäischen Union ist.

Thesen zur Europäischen Union

- Die jetzige Konstellation der Aufgliederung Europas in Länder/Staaten resultiert aus einem langen historischen Prozeß, in dem neben subjektiven Einflüssen vorrangig ethnische, klimatische, kulturelle, religiöse und geologische Faktoren wirkten, die zu einer bis zu einem gewissen Maße optimalen Struktur geführt haben, in der sich ein (wiederum mit Einschränkungen) stabiles Gleichgewicht der relevanten Parameter eingestellt hat. Durch die Bildung der Europäischen Union wird dieses System gestört.
- In den letzten hundert Jahren, insbesondere in den letzten Jahrzehnten, hat sich die kulturelle Entwicklung mit exponentiell wachsender Geschwindigkeit vollzogen, was zu einer neuen Situation, sowohl in positiver als auch in negativer Richtung in Europa wie auf der gesamten Erde geführt hat, die sowohl in der Ökologie (Umweltschutz und Ressourcenschonung), als auch in der Bildungspolitik, der Kulturpolitik und der Strategie der Konfliktbewältigung, um nur die wichtigsten zu nennen, ein volljähriges Umdenken, und daraus resultierend neue Wege erfordert. Voraussetzung dafür sind Kommunikation und Dialog. Es liegt nahe, daß dafür eine staatliche Neuordnung im Sinne eines Abbaus von Grenzen, wie in der Europäischen Union vorgesehen, sinnvoll ist. Frage ist, wie und wie schnell dies zu erreichen ist. In beiden Kriterien ist an der Richtigkeit des gegenwärtigen Vorgehens zu zweifeln.
- Die Intensität, mit der das Europaprojekt von den Regierungsparteien vorangetrieben wird, legt nahe, zu prüfen, inwieweit dabei macht- und parteipolitische und Gesichtspunkte der Vertretung bestimmter Gesellschaftsbereiche eine Rolle spielen.
- Im Sinne des eingangs Gesagten muß die Frage erlaubt sein, inwieweit die Harmonisierungs- und Angleichungsbestrebungen den Interessen und Gegebenheiten der Völker entsprechen.
- Der Riesenverwaltungsaufwand ist den Vorteilen gegenzurechnen.
- Die Errichtung der Europäischen Union darf nicht Instrument der Bildung feindlich gegenüber stehender Blöcke (USA; Japan, GUS) sein.
- Wenn Europäische Union, dann müssen alle europäischen Staaten erfaßt sein.
- In den Zielstellungen fehlt im wesentlichen die Stellung zur Dritten Welt. In dieser Hinsicht haben viele europäische Staaten Schuld auf sich geladen. Es ist erforderlich, diese, aber nicht wieder mit kolonialistischen Methoden, abzubauen.
- Die vorgesehene Bürokratie erinnert an RGW/Warschauer Pakt. Es besteht die Gefahr der Unbeherrschbarkeit des Systems (nicht weil willkürlich zu viele Regelungen festgelegt werden, son-

dern weil das System für die Bildung noch nicht reif ist und daher so viele Regierungen objektiv erforderlich sind). D.h.: Das System sich entwikkeln lassen, so daß die Vorteile für alle spürbar hervortreten und kein Bedarf für Sonderregelungen mehr besteht.

- Beispiel für den vorangegangenen Punkt und gleichzeitig der Nachweis unsinniger Regelungen sind die Richtlinie über die Beschränkungen des Altstoffreceycling nach oben und andere.
- Die Kompetenzen des Europaparlaments sind zu gering. Auch hier ist es möglich, daß sie beim gegenwärtigen Stand der Annäherung der Staaten objektiv nicht größer sein können.
- Eine Entscheidung mit der Tragweite wie die Zustimmung zu den Maastrichter Verträgen kann nur nach einer gründlichen Volksdiskussion in einem Volksentscheid getroffen werden (Grundgesetzänderung).

Dieter Nagel
NEUES FORUM Leuna

Berliner auf dem Weg zur Selbstorganisation

Bei der Berliner Vollversammlung des FORUMam 5.3.94 wurde der Beschluß gefaßt, den beiden Mitarbeitern des Berliner Landesverbandes (Petra Witte und Steffen Steinbacher) zum 30.6.94 fristgemäß zu kündigen. Wir sind der Meinung, daß die Kürzung einzelner Stellen unser Finanzproblem lediglich um einige Monate hinausschieben würde. Deshalb wollen wir versuchen, die bisher von wenigen (hauptamtlichen) Mitarbeitern geleistete Büroarbeit auf viele Schultern zu verteilen, um unser verbleibendes Geld für politische Arbeit verwenden zu können. Diese grundlegende Umwandlung unserer Struktur funktioniert nur, wenn jede/r (den eigenen Möglichkeiten entsprechend) einen Teil dazu beiträgt. Wir sehen die großen Schwierigkeiten bei diesem Projekt, aber auch eine große Chance die darin liegt, uns allen wieder deutlich zu machen, daß Bürgerbewegung nur vom gemeinsamen Engagement lebt.

NEUES FORUM und Landtagswahlen in Brandenburg

Auf einmal ist höchste Eile geboten. Unsere möglichen Partner, die Bündnisgruppen oder das Bürgerbündnis haben - vielleicht nicht ohne Absicht - ihre Entscheidungen so früh angesetzt, daß uns kaum Zeit bleibt, uns gründlich zu bedenken.

Wieder einmal laufen wir den Ereignissen hinterher und haben bereits beim Taktieren, das ja leider eine Rolle spielt, Boden verloren. Warum haben wir nicht als Erste eingeladen. So ein Brief und dazu die Pressemitteilung hätten uns in eine bessere Position versetzt.

Der heutige Stand ist: Beide sind noch für uns offen, schließen sich einander aber aus.

Aus dem Wahlprogramm der Bündnisgruppen erwarte ich für uns kaum grundsätzliche Probleme, auch wenn wir - und das muß so sein - unsere Prämissen anders setzen werden. Allerdings stünde uns nur eine offene Liste frei, wo wir um unsere Plätze kämpfen müssen. Unsere Namen werden die Kandidaten dann hoffentlich selbst einbringen.

Die Fraktionsarbeit wäre sicher aufreibend und der marktschreierische Ton, wie er den Westgrünen eigen ist, die als Graue Eminenzen fungieren wollen, entspräche wohl kaum unserem Geschmack. Aber sicher kann man auf Leute wie Almuth Berger oder die, die einmal NEUES FORUM waren, rechnen. Die wären auf eine starke bürgerbewegte Strömung als Gegengewicht zu ihrem Bündnis ansprechbar.

Ganz anders sähe es beim Bürgerbündnis aus. Dieses braucht und sucht Partner um jeden Preis. Man will da nicht wählerisch sein. Wenn wie bei ihnen als NEUES FORUM (vielleicht?) in der Namensgebung berücksichtigt werden, bliebe dennoch keine Chance, uns in einer Fraktion überhaupt zu artikulieren.

Ganz ehrlich, ich habe Probleme, das NEUE FORUM in einem bürgerlichen Bündnis zu sehen, das von Wirtschaftsliberalen und deren größtem Anliegen, der Sicherung des Eigentums, autoritär verwaltet wird; das dem Manager(un)wesen höchste Priorität verleiht und das neben uns auch den konservativen Versuchen, wie Statt-Partei oder ÖDP, die gleichen Angebote macht. (Es muß dort schon recht haarig zugehen, wenn Carmen Kirmes die Liberalen als noch liberaler empfunden hat.) Nur um unseren guten Namen einmal erwähnt zu wissen, dürfen wir uns nicht auf den Weg ins bürgerliche Lager machen!

Eine parlamentarische Zusammenarbeit mit dieser Fraktion wäre dagegen eine gute Sache.

Wir müssen wissen, beiden gemeinsam ist der unbedingte Drang zur Macht und der Wille zum Mitregieren. Das ist für uns nicht unproblematisch. Aber als Gegengewicht oder Alternative zu einer FDP-Beteiligung gerade noch tragbar. Andererseits wird sicher keiner von uns Dreien die brandenburgische Politik so maßgeblich beeinflussen können, wie es die Fraktion in den ersten beiden Jahren getan hat.

Sollten wir uns einmal im Landtag wiederfinden, die wichtigste Aufgabe wäre, für unsere Utopien und unsere demokratischen Ansätze Verbündete zu finden. Brücken zu bauen und dazu zwischen allen Stühlen zu sitzen.

Von einer gemeinsamen Liste - unseres Namens willen - möchte ich abraten. Vielleicht erhielten wir zwei Prozent, doch um welchen Preis?

Politik auf Landesebene mitgestalten, das kann man leider nicht mehr am Abend eines schweren Arbeitstages.

Karl Wende
NEUES FORUM Wittenberge

Eine neue Qualität der Auseinandersetzung im NEUEN FORUM?

1. Falls ich tatsächlich der Auslöser war, der Bernd Göhrs dazu veranlaßt hat, die MVV des NEUEN FORUM Berlin am 19.01.1994 unter Protest zu verlassen, möchte ich mich bei ihm entschuldigen.
Auf eine von ihm laut vorgetragene Äußerung warf ich in seine Richtung: „Bist du besoffen?".
Meine Bemerkung war flapsig und war flapsig gemeint. Aber sie soll, wie ich später erfuhr, ihn veranlaßt haben zu gehen. Das tut mir leid.
Es tut mir deswegen leid, da ich mich starkzumachen versuche für einen akzeptablen Umgangsstil im NEUEN FORUM, der keinen und keine dazu treibt, rauszugehen. Zu einem akzeptablen Umgangsstil gehört u.a. auch eine sachliche, keine flapsige Sprache.
Trotz der Sachlichkeit im sprachlichen Umgang plädiere ich aber auch für ein stärkeres Wahrnehmen eigener Ansprüche, eigener Erwartungen und eigener Bedürfnisse, die stets eine Rolle im Umgang unter uns spielen.

Im Rausgehen rief Bernd G. noch, er sei mit viel Hoffnung ins NEUE FORUM gekommen. Geblieben sei jedoch Enttäuschung.
Ich kann für mich ebenso bestätigen, daß ich mit Hoffnung auf anderen Umgangsstil, auf andere Art Beziehungen untereinander, besonders auf eine empfehlenswerte Weise, mit 'Neuen' oder Gästen umzugehen, im NEUEN FORUM angefangen habe.

Eine Illusion hatte ich jedoch nicht: Daß es keine Dynamik in unseren Gruppen gäbe, die nicht den auch sonst wirkenden gruppendynamischen Gesetzen unterliegen würde.

2. Grundlegend für gruppendynamische Phänomene ist u.a. das konkurrierende Verhalten untereinander, der Wunsch, sich unterscheiden zu können. Im Prinzip tragen dem ja auch unsere Grundforderungen nach generell möglicher Ideenäußerung, nach Streitkultur, nach Zusammenarbeit quer durch die Parteien Rechnung.
Als ich mich in Halle am 22.01.94 als Kandidat für das Europa-Parlament zur Wahl stellte und beim ersten Versuch nur zwei Stimmen bekam, meinem einzigen Konkurrenten unterlegen war, hat mich das geschmerzt. Ich konkurrierte mit Karl-Heinz Dallmann, den ich bis dahin im wesentlichen nur vom Sehen kannte. Ihm unterlag ich deutlich. Wenn ich eines Tages ihn unsachlich angehen sollte, so wäre das als eine nachträgliche Rache für mein Unterliegen zu verstehen.
Nach dem zweiten Versuch war ich dann glücklich, mit Mehrheit gewählt worden zu sein (bei Abwesenheit des Konkurrenten!).

3. Ich halte mich nicht für überdurchschnittlich sensibel, nicht für einen, der viel eher kränkbar als andere ist. Ich rechne damit, durchschnittlich zu reagieren.
Darüberhinaus meine ich, daß Konkurrenz nicht nur bei Wahlgängen ins Spiel kommt, sondern auch sonst im zwischenmenschlichen Umgang und im Miteinander eine wesentliche Rolle spielt.

Meine Hoffnung als Angehöriger des NEUEN FORUM war in dieser Beziehung, daß wir uns dem Problem persönlicher Auseinandersetzung um Konkurrenzen stellen.

Wir müssen das deswegen tun, weil wir basisdemokratisch arbeiten wollen. Die durch gruppendynamische Phänomene gebildeten hierarchischen Strukturen machen um die Basisdemokratie keinen Bogen. Parteien versuchen die Konkurrenzbedürfnisse durch ihre Struktur zu kompensieren. Man/frau kann sich emporarbeiten. Dies trägt auf seine Weise der menschlichen Konkurrenz Rechnung. Aber es bleibt Illusion zu meinen, Hierarchie, Konkurrenz, Geltungsbedürfnis, Eigenliebe oder Machtgefühle spielten bei uns keine Rolle, bloß weil wir es nicht wollen bzw. weil die aufgezählten Eigentümlichkeiten sich schlecht mit basisdemokratischem Verhalten vertrügen.

4. Auf der letzten Berliner MVV setzten sich mehrere RednerInnen vehement für eine Klärung der Formalia für die Europa-Wahl ein. Aber n a c h dieser Klärung setzten sie sich entgegen ihrer Ankündigung nach wie vor affektiv mit anderen auseinander.
Es muß es Gründe gegeben haben, die eine affektive Auseinandersetzung fortsetzen ließen und die außerhalb des Bedürfnisses nach Klärung liegen mußten.
Um nicht mißverstanden zu werden: Ich unterstütze affektive Auseinandersetzungen. Ich meine aber gleichzeitig, daß es notwendig ist einzuräumen, daß meine/deine/seine/ihre Affekte immer etwas mit mir/dir/ihm/ihr zu tun haben.

Wenn ich mir zum Beispiel wünsche, im Umgang mit anderen Menschen ohne alle Konkurrenzgefühle auszukommen, reagiere aber affektiv, so muß ich mich mit meiner Wunschvorstellung auseinandersetzen. Da führt aus meiner Sicht kein Weg dran vorbei.

Anders gesagt:
Basisdemokratie ist nur zu verwirklichen unter Einschluß der Bereitschaft, ein gewisses Maß Selbsterfahrzung zu betreiben.

Es wurde in letzter Zeit häufig darüber geklagt, daß wir nicht mehr aufeinander hören (was m.E. nicht stimmt).
Das zu ändern, sehe ich drei Möglichkeiten:
- weiterzuklagen, bis keiner/keine mehr da ist
- was Spannendes so vorzutragen, daß sofort zugehört wird
- zu bekennen, daß es wunderschön ist, wenn alle im Raum zuhören

Das letzte ist meine tatsächliche Meinung. Sie schließt ein meinen Ärger, wenn mir niemand zuhört.

5. Damit möchte ich abschließend auffordern, Bilanz darüber zu ziehen, mit welchen Hoffnungen und Erwartungen jeder und jede Einzelne zum NEUEN FORUM kam. Es müßte dann bilanziert werden, was war an Hoffnungen realisierbar und welche Erwartungen mußten Illusion bleiben.

Dankwart Kirchner
NEUES FORUM Berlin

Ergänzung zu „Überraschungen"

Bulletin 30, S. 23

Der lange Artikel von Karolin und Thomas Schubert zeigt, daß es doch möglich ist, viel über das NEUE FORUM zu schreiben, ohne zu begreifen, worum es uns im wesentlichen geht. Sich einerseits über den Wahlbeschluß des NEUEN FORUM zu mokieren, und gleichzeitig zu Toleranz aufzurufen; einerseits den Basisgruppen mangelndes Interesse zu bescheinigen, andererseits Arbeitsguppenbeschlüsse sofort auf Bundesebene fixieren zu wollen, um fast im gleichen Atemzug die Frage zu stellen: „Warum schaffen wir die Bundesebene nicht einfach ab?" - das grenzt an Schizophrenie. (Hier liegt Ihr nicht nur schief, sondern quer!)
Delegiertentreffen sind zwar nicht alles, aber sie sind ein Stück Kommunikation, sich kennenlernen, Meinungsstreit und politische Arbeit, von der Impulse ausgehen können, jeder Interessierte kann daran teilnehmen - sie sind ein Teilchen in der breiten Palette von basisdemokratischen Möglichkeiten. Ihr dazu: „Bei uns in Brandenburg ist die klare Antwort: NEIN!" Welch eine Anmaßung über den Rest der Welt. Weiter schreibt Ihr über Euch: „Angst vor dem Selbsthaß und der Aggressivität gegen politische Freunde". Versucht doch, wenn es so ist, ersteinmal mit Euch selbst ins Reine zu kommen, bevor Ihr solche Artikel schreibt. Und überhaupt: Was heißt denn: vielleicht sind wir wirklich nur staatsfixiert?" Alle, sogar die Unerfahrenen von uns im NEUEN FORUM wissen, daß unser Demokratieverständnis ganz unten beginnt, es ist eine unserer grundlegenden Selbstverständlichkeiten, die keiner 2/3 Mehrheitsentscheidungen, keiner Satzungsänderungen, keiner Zusatzdiskussion bedürfen - also ein Axiom. Zu Eurem ganzen Agglomerat von Widersprüchen kommt dann noch die krönende Feststellung: „es wird überhaupt Zeit, sich Gedanken zu machen, welche Struktur auf Länder- und Bundesebene aufzubauen ist." Diese Strukturdebatten können wir doch getrost den Strategen in den Parteien überlassen. Unsere Strukturen können sich in Zukunft an Themenbereichen und Sachzusammenhängen orientieren und darauf aufbauen. Wir brauchen keine ellenlangen Debatten dieser Art. Die Strukturfrage regelt sich von selbst - sie gestaltet sich so wie Gruppen und jeder Einzelne in der Lage sind, sich einzubringen. Da muß nicht großartig diskutiert werden, wie diese Struktur auszusehen hat - es gibt wichtigeres!
Und dann noch am Ende Euer Gehrke-Zitat: „Die Welt hat leider ein kämpferisches NEUES FORUM nötig." - Wieso eigentlich „leider"?

Peter Schulze
NEUES FORUM Güstrow

I L A 9 4 - und was tun wir?

Am 28. Mai bis 5. Juni 1994 findet zum zweite Mal die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld statt. Die ILA wird in der Öffentlichkeit als zivile Ausstellung dargestellt und von den Ländern Berlin und Brandenburg finanziert. Allein das finanzschwache Brandenburg trägt mit 6 Mill. DM zur Finanzierung bei. Die ILA ist jedoch eine der größten Rüstungsmessen im Bereich der Luft- und Raumfahrttechnik. Auf der ILA 1992 waren sämtliche Kampfflugzeuge und Hubschrauber der Bundeswehr sowie die golfkriegserprobten Waffensysteme zur Schau gestellt. Kein namhafter Rüstungskonzern fehlte.

Die Bundesregierung hat einschneidende Strukturmaßnahmen eingeleitet, um die Bundeswehr zu einem weltweit operierenden Instrument der Außenpolitik aufzubauen.
Die von der Bonner Regierung geplanten Erleichterungen des Rüstungsexportes (Kriegswaffenkontrollgesetz) weisen den Weg zur zukünftigen „Mittelmacht mit weltweitem Interesse".

Ohne Rüstungsproduktion und Rüstungsexport kein Krieg!

Die Ex-Reservistengruppe ILLOYAL und weitere Friedensaktivisten, wollen die ILA 94 adäquat begleiten.

Geplant ist eine Gegenausstellung IKA (Internationale Konversions Ausstellung):
- Rüstungsproduktion, Rüstungsexport, Wirtschafthilfe statt Rüstungsexporte in die „3. Welt",
- Fragen der Konversion , aktuelle praktischen Beispiele,
- individuelle Widerstandsformen (KDV, Totalverweigerung, Desertion, Kriegssteuerboykott etc.)

Kontakt: Illoyal Michael Behrendt c/o KAMPAGNE Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Fon: (030) 615 005 30/31

Elias Canetti
Befehl und Verantwortung

Elias Canetti (geb. 1905) ist ein britischer Schriftsteller jüdisch-spanischer Herkunft, der abwechselnd in London und Zürich lebt und seine literarischen und essayistischen Werke in deutscher Sprache schrieb. Er studierte zunächst Chemie, widmete sich aber später ganz dem Schreiben. Canetti erhielt 1981 den Nobelpreis für Literatur..

Im Mittelpunkt seines nichtpoetischen Schaffens steht das zweibändige Werk **„Masse und Macht"**, zuerst erschienen 1960, dessen zentraler Gedanke es ist, daß Macht bedeute, andere für sich sterben lassen zu können. Im vorliegenden Kapitel untersucht er, welche Bedeutung dem Befehlen in einem Machtgefüge zukommt.

Befehl und Verantwortung

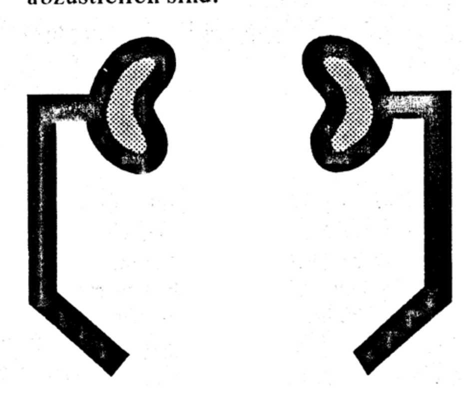
Es ist bekannt, daß Menschen, die unter Befehl handeln, der furchbarsten Taten fähig sind. Wenn die Befehlsquelle veschüttet ist und man sie zwingt, auf ihre Tat zurückzublicken, erkennen sie sich selber nicht. Sie sagen: Das habe ich nicht getan, und sie sind sich keineswegs immer klar darüber, daß sie lügen. Wenn sie durch Zeugen überführt werden und ins Schwanken geraten, sagen sie noch: So bin ich nicht, das kann ich nicht getan haben. Sie suchen nach den Spuren der Tat in sich und können sie nicht finden. Man staunt, wie unberührt von ihr sie geblieben sind. Das Leben, das sie später führen, ist wirklich ein anderes und von der Tat in keiner Weise gefärbt. Sie fühlen sich nicht schuldig, sie bereuen nichts. Die Tat ist nicht in sie eingegangen. Es sind Menschen, die sonst sehr wohl dazu imstande sind, ihre Handlungen abzuschätzen. Was sie aus sich heraus tun, hinerläßt bei ihnen die Spuren, die man erwartet. Sie würden sich schämen, ein unbekanntes und wehrloses Geschöpf, das sie nicht herausgefordert hat, umzubringen. Sie empfänden Ekel davor, irgendwen zu foltern. Sie sind nicht besser, aber auch nicht schlechter als die anderen, unter denen sie leben. Mancher, der sie aus täglichem Umgang intim kennt, wäre bereit einen Eid darauf abzulegen, daß man sie zu Unrecht beschuldigt.

Wenn dann die lange Reihe der Zeugen aufmarschiert, der Opfer, die sehr wohl wissen, wovon sie reden, wenn einer nach dem anderen den Täter erkennt und ihm jede Einzelheit seines Verhaltens ins Gedächtnis zurückruft, da wird jeder Zweifel absurd und man steht vor einem unauflöslichen Rätsel.

Es ist für uns kein Rätsel mehr, da wir die Natur des Befehl kennen. Für jeden Befehl, den der Täter ausgeführt hat, ist ein Stachel in ihm zurückgeblieben. Aber dieser ist so fremd, wie der Befehl selber war, als er erteilt wurde. Wie lange auch der Stachel im Menschen haftet, er assimiliert sich nie, er bleibt ein Fremdkörper. Es ist zwar möglich, wie an anderer Stelle gezeigt worden ist, daß mehrere Stacheln sich zusammenschließen und zu einem neuen monströsen Gebilde im Betroffenen weiterwachsen, aber immer bleiben sie deutlich von ihrer Umgebung abgesetzt. Der Stachel ist ein Eindringling, er bürgert sich niemals ein. Er ist unerwünscht, man will ihn los sein. Er ist, was man begangen hat, er hat, wie man weiß , die genaue Gestalt des Befehls. Als fremde Instanz lebt er im Empfänger weiter und nimmt ihm jedes Gefühl von Schuld. Der Täter klagt sich nicht selber an, sondern den Stachel, die fremde Instanz, den wahren Täter sozusagen, den er immer mit sich herumträgt. Je fremder einem der Befehl war, um so weniger Schuld fühlt man seinetwegen, um so deutlicher für sich abgesetzt besteht er als Stachel weiter. Er ist der immerwährende Zeuge dafür, daß man es nicht selber war, der dies oder jenes getan hat. Man empfindet sich als Opfer und hat darum für das wahre und eigentliche überhaupt kein Gefühl.

Es ist also wahr, daß Menschen, die unter Befehl gehandelt haben, sich für vollkommen unschuldig halten. Wenn sie imstande sind, ihre Lage ins Auge zu fassen, mögen sie etwas wie Staunen darüber empfinden, daß sie einmal so vollkommen unter der Gewalt von Befehlen standen. Aber selbst diese einsichtige Regelung ist wertlos, da sie sich viel zu spät meldet, wenn alles längst vorüber ist. Was geschehen ist, kann wieder geschehen, ein Schutz gegen neue Situationen, die der alten aufs Haar gleichen, bildet sich in ihnen nicht aus. Sie bleiben dem Befehl wehrlos ausgeliefert, seiner Gefährlichkeit nur sehr dunkel bewußt. Im klarsten Falle, der zum Glück selten ist, machen sie aus ihm eine Fatalität und setzen dann ihren Stolz darein, daß blind mit ihnen umgesprungen wird, als gehöre ein besonders männliches Wesen dazu, sich in diese Blindheit zu ergeben.

Von welcher Seite immer man ihn betrachtet, der Befehl in seiner kompakten, fertigen Form, wie er sie nach einer langen Geschichte heute hat, ist das gefährlichste einzelne Element im Zusammenleben von Menschen geworden. Man muß den Mut haben, sich ihm entgegenzustellen und seine Herrschaft zu erschüttern. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, den größeren Teil des Menschen von ihm freizuhalten. Man darf ihm nicht erlauben, mehr als die Haut zu ritzen. Aus seinem Stachel müssen Kletten werden, die mit leichter Bewegung abzustreifen sind.



In eigener Sache

Demnächst wird es erfreulicherweise in Berlin eine kleine Redaktionsgruppe für das BULLETIN geben. Die Schwierigkeit wird in Zukunft darin bestehen, den Spagat zwischen besserer Gestaltung und den wenigen zur Verfügung stehenden Finanzen zu schaffen. Normalerweise könnte das BULLETIN als Büchersendung verschickt werden. Doch die Post verfährt recht willkürlich. Jedendfalls kam immer ein Großteil der Sendungen zurück oder, wie wir hören mußten, nicht an. Entweder werden sie von den Empfängern nicht abgeholt - möglicherweise weil die Post auf einer Nachgebühr besteht - oder die Post reklamiert gleich. Vielleicht sind aber auch Sendungen verloren gegangen.
Das BULLETIN Nr. 30 wird an den zahlenden Verteilerkreis, von dem wir wissen, daß es nicht ankam, jetzt noch mal zusammen mit dieser Ausgabe verschickt.
Das BULLETIN 30 ist inzwischen restlos vergriffen und mußte nachkopiert werden. Die Druckplatten waren leider von der Druckerei nicht aufgehoben worden, sodaß es teurer geworden wäre. Restbestände an BULLETIN's (vornehmlich der Nummern 28-30) nimmt die Bundeskoordinierungsstelle zurück.
Immer wieder gibt es Anfragen, ob ein Anspruch auf Erhalt des BULLETIN's für FORUM-Mitglieder bestehe. Dem ist leider nicht so. Wer das BULLETIN regelmäßig erhalten möchte, wende sich bitte an die jeweilige Landesgeschäftsstelle.
Die Auflage beträgt bisher nur 1000 Stück. Das reicht etwa für die Hälfte der FORUM-Mitglieder/innen. Zudem wird das Heft auch in anderen Kreisen verteilt.
Die Selbstkosten pro Heft liegen bei knapp 2,-DM. Eine höhere Auflage würde die Kosten für das Einzelheft zwar etwas verringern, diese insgesamt jedoch steigern.
Angedacht ist ein Zusammengehen mit dem *Nordforum*. Regelmäßige regionale FORUM-Publikationen gibt es unseres Wissens darüber hinaus zur Zeit nur in Brandenburg (Infobrief), Halberstadt, Borna und Halle.
Die Berliner Vollversammlung beschloß das Ermöglichen einer *Fördermitgliedschaft* im NEUEN FORUM - bei monatlichen Spenden von mindestens 10,-DM bestünde dabei Anspruch auf BULLETIN und ca. zweiwöchentlichen Pressespiegel.

Diesmal verzögerte sich übrigens die Herausgabe aufgrund von Schwierigkeiten mit der Kompatibilität neuer Computerprogramme: Naja, so das übliche an Ausreden. Immerhin ist es jetzt auch möglich, verschiedene Textverarbeitungsprogramme zu konvertieren. Für diejenigen die über einen Computer verfügen: Längere Beiträge bitte möglichst auf Diskette. An dieser Stelle herzlichen Dank an Petra Witte, die sich immer mit dem Abschreiben der Texte müht.
hilli

Tips + Termine

OFFENe HEIDe
Protestwanderungen jeden 1. Sonntag 14 Uhr, jeweiligen Ausgangsort bei Kontaktadressen erfragen.

Kontakt: Birgit Hinz, Klosterstr. 8, 39638 Letzlingen, fon (039088) 437; Peter Haas, Sieverstorstr. 42, 39106 Magdeburg, fon (0391) 56 10 819

Gewaltfreier Widerstand - heute noch aktuell?
Vielleicht sind auch noch ein paar Plätze frei für das Seminar auf dem Cun du Larzac (Frankreich) zu Erfahrungen des gewaltfreien Widerstands vom 13.06.-26.06.94
Anmeldung:
Arbeit und Leben, Gadebuscher Str. 153 G, 19057 Schwerin, fon (0385) 467157, fax: (0385) 467156

Postkartenaktion für eine Menschenrechtsklausel in der Rüstungsexportgesetzgebung
Kontakt:
amnesty international, 53108 Bonn, Bestellnr.: 69080, 50 Stck. zu 4,-DM

19.-27.03. europaweit: Aktionswoche gegen Rassismus, Kontakt: United for Intercultural Action, Postbus 413, NL-1000 AK Amsterdam, Fon + Fax (0031 20) 623 49 02
23.03. 20 Uhr, Berlin, HdD, Saal, Soziale Aspekte der Transformation - Sozialstruktur und Marktwirtschaft in Rußland, Ref.: Prof. Dr. Rene Ahlberg (Soziologe, FU Berlin), Veranstalterin: Robert-Havemann-Gesellschaft
23.03. 19.30 Uhr, Berlin, Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, Raum 195: Ausländerfeindliche Übergriffe der Polizei - kein Thema in der Berliner Politik?, Internationale Liga für Menschenrechte
25.-27.03. Wustrow: Einführung in die Gewaltfreie Aktion, Wochenendseminar in der Kurve Wustrow, Kirchstr. 14, 29461 Wustrow, fon (05843) 507, fax (05843) 1405
27.03. Leipzig, 14.30 Uhr, Feier Leipziger Frauenvereine anläßlich des 175. Geburtstags von Louise Otto-Peters, Kulturhaus Alfred Frank, Leipzig-Plagwitz, Gießerstr. 66-68

Ostermärsche 4. April '94
Kontakt:
Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, fon (0228) 69 29 04, fax 69 29 06

Vom **01. - 03.04.** unter anderem mit dem Fahrrad von Leipzig nach Magdeburg in die Colbitz-Letzlinger Heide mit Übernachtungen in Köthen und Magdeburg.
Kontakt:
Org.-Büro Ostermarsch Leipzig c/o Vereinigte Linke, Bruno-Göring-Str.152, 04277 Leipzig, fon (0341) 3911149 Di 18 - 20, Fr 17 - 20 Uhr
oder
Vorbereitungsgruppe Ostermarsch '94, Gerhart-Hauptmann-Str. 18, 39108 Magdeburg, fon (0391) 344164 oder 35804, fax (0391) 32374

05.04. bundesweit und Berlin ab 8.30 Uhr: Aktionen gegen Einberufung, Vernichtung von Erfassungsbögen etc., *Kontakt:* Kampagne gegen Wehrpflicht, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, fon (030) 61 50 05 30

Begegnungszentrum „Wege zur Gewaltfreiheit", Eberswalde,
Eisenbahnstr. 20, fon: (03334) 22398
Gesprächskreise „Ohne Gewalt leben"
Beginn jeweils 19.30 Uhr:

06.04. „Sprengstoff. Erinnerung an eine Fabrik im Oderbruch", zu Gast: Kai Schulenburg
13.04. „Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus", zu Gast: Helga Luther
20.04. „widerstanden, überlebt" Dokumentarfilm über deutsche Deserteure von Guntram Fink und Michael Schehl, anschließend Gespräch mit Michael Schehl, sowie den Deserteuren Kurt Kretschmann (Bad Freienwalde), Reimar Gilsenbach (Brodowin) und Ludwig Baumann (Bremen)
27.04. „Keine Schonzeit für Qerdenker" Gesprächsabend mit Kurt Wafner, Journalist (Berlin)

29.04.-01.05. Gewaltfreies Training: Aktives Zuhören, Wochenendseminar in der Kurve Wustrow (s.o.)
12.-15.05. Karlsruhe: 18. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BuKo) „Zur Rolle der BRD in der neuen Weltordnung"
Kontakt: BuKo, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, fon (040) 39 31 56, fax 390 75 20
15.05. Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer - Focus: Kurdistan
Kontakt: wri working Group „Turkey-Kurdistan", c/o Rudi Friedrich, Brüder-Grimm-Str. 63, 63069 Offenbach, fon + fax: (069) 84 50 16
15.05. Aktionstag „Für eine BRD ohne Armee"
Kontakt: Bund für Soziale Verteidigung, Friedensplatz 1a, 32378 Minden, fon (0571) 294 56
20.-22.05. Einführung in gewaltfreie Aktionen, Carl-Kabat-Haus Mutlangen, Kontakt: Jutta Ochsenstein, C.-Kabat-Haus, Schulstraße 7, 73555 Mutlangen, fon (07171) 7 42 63
29.05. Stuttgart: 4. Entzäunungs- und Umwandlungsaktion „Todesland in Lebensland!" am EUCOM, Stuttgart,
Kontakt: Ohne Rüstung Leben, Furtbachstr. 10, 70178 Stuttgart, fon (0711) 640 96 20
05.-11.06. Gegenveranstaltungen zum „Weltkongreß Wehrmedizin"
Kontakt: Bundesverband der TierversuchsgegnerInnen
Roermonder Straße 4a, 52072 Aachen fon (0241) 15 72 14
04.-21.06. Graz/Österreich: Gandhi-Wochen, ÖGB-Haus, Südtiroler Platz 13, A-8020 Graz
24.-26.06. Mainz/Wiesbaden: Bundestreffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer
Kontakt: Vincent Schemel, bei Holderrieth, Adelheidstraße 85, 65185 Wiesbaden, fon (0611) 37 18 99
29.06.-03.07. Dresden: Katholikentag in Dresden und „Ökumenischer Kirchentag von unten"
Kontakt: Initiative Kirche von unten, Heerstr. 205, 53111 Bonn, fon (0228) 69 21 65, fax 63 12 26
04.07. bundesweit und Berlin ab 8.30 Uhr: Aktionen gegen Einberufung, Vernichtung von Erfassungsbögen etc.
Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, fon (030) 61 50 05 30
07.-10.07. Santiago de Compostela/ Spanien: 1. Europäischer Pädagogen-Friedenskongreß
Kontakt: PPF, Bernhard Nolz, Kölner Str. 11, 57072 Siegen.
13.-16.10. Wustrow: Seminar „Freiwillige in Ex-Jugoslawien", Kurve Wustrow (s.o.)



Literaturhinweise

Umweltbundesamt
Behördenführer - Zuständigkeiten im Umweltschutz, Bezug kostenlos: Umweltbundesamt, Bismarkplatz 1 14193 Berlin, Postanschrift: Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, fon (030) 8903-0, fax (030) 8903-2285

Bundesministerium für Wirtschaft
* Wirtschaft in Zahlen '93
* BMWI-Dokumentation Nr. 328 Forschung,Entwicklung und Innovation in der ostdeutschen Wirtschaft Ein Wegweiser zur öffentlichen Beratungshilfe und finaziellen Unterstützung, Stand Januar 1993
* BMWI-Studienreihe Nr.80 Unternehmensgrößen-Statistik 1992/ 1993 - Daten und Fakten -

Bezug kostenlos:
Bundesministerium für Wirtschaft Referat Öffentlichkeitsarbeit Villemombler Str. 76, Postfach 1402 60, 53 123 Bonn, fon (0228) 615-0 fax (0228) 615-4436

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
* Waldschadensbericht
* Bericht über die Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft
* Agrarbericht 1994

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Postfach 14 02 70, 53 107 Bonn, fon (0228) 529-0, fax (0228) 529-4262

Detlev Siedersleben
Fachforum Wirtschaft

Bei Wittstock wird wieder gebombt

Quasi als Weihnachtsgeschenk übertrug das Bundesvermögensamt am 23. Dezember die Wittstock-Ruppiner Heide nun endgültig der Bundeswehr. Über Nacht wurden Schilder aufgestellt: Bei Betreten des Geländes wird geschossen. Ab 17. Januar begann die Bundeswehr mit dem Bomben. Damit setzt sie die menschenverachtende Tradition der Roten Armee fort. Unter anderem ganze Kreistage, der Brandenburger Landtag, der BUND sowie die evangelische Synode Berlin-Brandenburgs traten für eine friedliche Nutzung des Geländes ein. Über 40.000 Unterschriften gegen die militärische Nutzung waren gesammelt worden.
Protestwanderungen der BI FREIe HEIDe finden in der Regel jeden 2. Sonntag im Monat jeweils ab 14 Uhr statt. Der nächste größere Protestmarsch gegen das Bombodrom soll zu Ostern stattfinden: 03. April ab Fretzdorf, Kirche. Daran anschließen soll sich ein einwöchiges Protestcamp. Geplant sind auch Aktionen Zivilen Ungehorsams, z.B., hunderte Tauben von verschiedenen Ecken des Schießplatzes fliegen zu lassen, um den Flugbetrieb ernsthaft zu stören. Aber auch Konzerte sind geplant, u.a. mit Stefan Krawczyk, Bettina Wegner und Keimzeit.
Kontakt:
GWR Berlin (030) 401 34 26, H. Schönberg (033966) 469

NEUES FORUM
Bundeskoordinierungsstelle
GF: Sabine Schaaf
Friedrichstraße 165
10117 Berlin
fon: (030) 229 24 12
fax: (030) 229 12 13 (NEU!)

Landesgeschäftsstellen:
NEUES FORUM **Berlin**
GF: Steffen Steinbacher
Friedrichstraße 165
10117 Berlin
fon: (030) 229 23 17
fax: (030) 229 12 13

NEUES FORUM **Brandenburg**
GF: Werner Stremlow
Storkower Straße 46-48
15537 Gosen
fon: (03362) 821 301
fax: (03362) 821 300

NEUES FORUM
Mecklenburg-Vorpommern
GF: Max Raudszus
Haus der Demokratie
Gerberbruch 13a-15
18055 Rostock
fon: (0381) 4902406 (NEU!)
fax: (0381) 4902405 (NEU!)

NEUES FORUM **Sachsen**
GF: André Andrich
Maternistraße 17
01067 Dresden
fon: (0351) 484 55 08
fax: (0351) 495 24 20

NEUES FORUM **Sachsen-Anhalt**
GF: Sabine Leloup
Große Klausstraße 11
06108 Halle
fon: (0345) 24 686
fax: (0345) 25 525

NEUES FORUM **Thüringen**
GF: Dieter Kohl
Schillerstr. 44
99096 Erfurt
fon/fax: (0361) 6671214 (NEU!)

GF = Geschäftsführer/in

Adressen

Abgeordnete und Mitarbeiter/innen des NEUEN FORUM in den Parlamenten

Bundestag
in der Gruppe Bündnis 90/Grüne:

Ingrid Köppe
(Innen- und KoKo-Untersuchungsausschuß)
Bundeshaus HT 220
53001 Bonn
fon: (0228) 167 482, /163 569
fax: (0228) 168 66 60
Teletex: 22888660=BUNDEST

Mitarbeiterin:
Heidi Bohley
Große Klausstr. 11
06108 Halle
fon: (0345) 24 520
fax: (0345) 25 525

Berliner Abgeordnetenhaus
Niederkirchnerstraße
10117 Berlin

Gruppe
NEUES FORUM/Bürgerbewegung:

Sebastian Pflugbeil
(Umweltausschuß)
Irena Kukutz
(Schulausschuß)
Reinhard Schult
(Inneres, Recht, Verfassungsschutz)
Wiss. Mitarbeiter: **Bernd Gehrke**
(Wirtschaft und Technologie)
fon: (030) 2325 2601
fax: (030) 2325 2609

Brandenburgischer Landtag
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

fraktionslos:

Detlef Grabert
(Innenausschuß)
fon: 0331/966 17 30

Termine siehe Seiten 20 und 22

Sächsischer Landtag
Holländische Straße
01067 Dresden

fraktionslos:

Cornelia Matzke
fon: (0351) 4855 641, /4855 637
fax: (0351) 4855 557

Mitarbeiter:
Gotthard Krupp
(fon/fax s.o.)

Michael Arnold
fon: (0351) 4855 304
fax: (0351) 4855 347

Mitarbeiter:
Thomas Rudolph
fon: (0351) 4855 636

in der Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Leonore Ackermann
Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien,
Mitglied im Petitionsausschuß
fon: (0351) 4855 646

Thüringer Landtag
Arnstädter Str. 51
99094 Erfurt

fraktionslos:

Matthias Büchner
fon: (0361) 3772 315
fax: (0361) 3772 407

Siegfried Geißler
Alterspräsident des Thüringer Landtags
fon: (0361) 3772 314